



info110

ZEITUNG DER
POLIZEI
BRANDENBURG

01 | 2024



Außerdem im Heft

AKTUELL

Neuer Polizei-
sportbeauftragter
HPol erhält
modernes Internat

PRAXIS

Trainingsobjekt
eröffnet
SKE stellt sich vor

POLIZEI- MESSENGER

»ELEMENT«

STARTET

SCHNELLERE KOMMUNIKATION IM DIENST DURCH NEUE APP



POLIZEI
Brandenburg

EDITORIAL



Liebe Leserinnen, liebe Leser,
im September 1998 zog ich in ein – ja man kann es nicht beschönigen – sehr hässliches Zimmer im 5. Stock des Wohnheims auf dem Campus der dortigen Fachhochschule der Polizei in Basdorf. Zwei Betten, zwei Schreibtische, zwei klobige Kleiderschränke und auf dem Boden Filz als „Teppich“. Gemeinschaftsduschen und Toiletten auf dem Flur, keine Küche. Es war ein Graus. Aber es dauerte gar nicht lange, bis mir klar wurde, welch ein Gewinn die Nähe zur Schule selbst, aber auch zu meinen Mitstudierenden war. Gemeinsames Frühstück, gemeinsame Partys, zusammen lernen, nicht allein gegen Prüfungsangst ankämpfen müssen. Wir wurden schnell eine Gemeinschaft und die räumliche Nähe war nicht unwichtig für diese Entwicklung. Zweifel an eigenen Leistungen, mitunter auch Zweifel an der Berufswahl, private Probleme ... all das konnten wir miteinander teilen und uns gegenseitig Mut machen, wenn es nötig war. Ein Wohnheim, ein Nest also für eine Gemeinschaft auf Zeit, ist mehr als der Platz für Schreibtischstuhl und Bett. Deshalb ist die Nachricht, dass es in Oranienburg, unweit der heutigen Hochschule der Polizei, nach fast 20 Jahren wieder ein Anwärter*innen-Wohnheim für die Polizei geben wird, eine große. Lange wurde dafür gekämpft und zwischendrin drohte das Projekt sogar zu scheitern. Jetzt aber steht fest, dass schon im Frühjahr 2026 die ersten Bewohnerinnen und Bewohner in die komfortablen Mini-Appartements einziehen können. Ein Meilenstein im Wettbewerb um Berufsnachwuchs. Wir berichten davon.

Außerdem im Heft: Für die Polizei Brandenburg wird es einen eigenen Messenger-Dienst geben. ELEMENT heißt die App, die noch im ersten Quartal dieses Jahres zum Download zur Verfügung stehen soll. Wir statten außerdem der Polizeiliegenschaft in Frankfurt (Oder) für unsere Revier-Reihe einen Besuch ab. Und wir stellen den neuen Sportbeauftragten der Polizei Brandenburg, Mario Rogus, vor. Dies uns noch vieles mehr finden Sie im Heft. Viel Spaß beim Lesen.

Katrin Böhme

Katrin Böhme

IMPRESSUM

Herausgeber: Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg

Redaktion: Martin Burmeister (verantwort.), Josefin Roggenbuck, Stephan Henke, Katrin Böhme

Anschrift: Henning-von-Tresckow-Straße 9-13, 14467 Potsdam
E-Mail: info110@mik.brandenburg.de
polizei.brandenburg.de/info110

ISSN 1430-7669

Layout: Rosenfeld.MRDesign

Druck: LGB (Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg)

Fotos: Christine Büschkes, Josefin Roggenbuck, Ronny Wunderlich, Kristin Baumert, Katrin Böhme, Polizei Brandenburg, Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg, Archiv, Matthias Rosenfeld (2), Adobe Stock (16)

33. Jahrgang, Nr. 1/2024
Auflage 2.500

Redaktionsschluss: 29.02.2024

Wir danken allen Verfasserinnen und Verfassern für die in dieser Ausgabe veröffentlichten Beiträge. Die mit Namen versehenen Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht der Kürzung vor.



SPURENSICHERUNG EIN KRIMINAL-TECHNIKER BERICHTET **14**

Aktuelle Informationen der Polizei Brandenburg finden Sie auch auf



DEMONSTRATIONEN BAO KARAWANE IN BRANDENBURG **16**



WOHNHEIM HOCHSCHULE BEKOMMT NEUES INTERNAT **18**



WEITERBILDUNG NEUES TRAININGSOBJEKT **22**

INHALT

IM FOKUS	Vorsitz der Innenministerkonferenz geht nach Brandenburg	4
KRIMINALTECHNIK	Spurensicherung	14
PRAXIS	Die Karawane zieht weiter	16
NEUBAU	Mehr als ein Standortvorteil	18
TRAININGSOBJEKT	Weiterbildung am Puls der Zeit	22
CHECKLISTE	Gewahrsamstauglichkeit ärztlich beurteilen	24
SCREENING	Zwischen Kompetenzen stärken und gesunder Schichtarbeit	26
SERIE	Polizeirevier Frankfurt (Oder)	29
	„Für diese Menschen ging hier der 2. Weltkrieg zu Ende“	32
TITELTHEMA	POLIZEIMESSENGER STARTET	34
HOCHSCHULE	SKE Neue und alte Herausforderungen bewältigen	38
POLIZEISPORT	„Ich will die Schuhe anziehen und loslaufen“	40
SICHERHEITSPARTNERSCHAFTEN	Bedingungen einer gelingenden Einbindung	42
FILMTIPP	„The Highwaymen“	44
	„Der Pass“	45
KNOBELECKE		46

Vorsitz der Innenministerkonferenz geht nach Brandenburg

Die „Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder“ – kurz Innenministerkonferenz (IMK) – wurde 1954 ins Leben gerufen, um die zuvor im Wesentlichen auf Arbeitsebene durchgeführte länderübergreifende fachliche Zusammenarbeit auch auf der politischen Ebene zu verankern. Der Vorsitz wechselt jährlich in alphabetischer Reihenfolge der Mitgliedsländer. 2024 übernimmt das Land Brandenburg den Vorsitz der Innenministerkonferenz. Zu Jahresbeginn übernahm Innenminister Michael Stüben den symbolischen IMK-Staffelstab von Berlins Senatorin für Inneres und Sport, Iris Spranger.



Die im Frühjahr und Herbst stattfindenden Hauptkonferenzen sind auch für Polizei große Einsatzlagen, deren Planungen bereits auf Hochtouren laufen. Parallel zur IMK-Vorkonferenz in Berlin geht vom 5. bis 9. Juni 2024 die ILA Berlin am Flughafen BER an den Start. Seit jeher ist die Ausstellung zur Luft- und Raumfahrt ein Publikumsmagnet und damit ebenfalls ein polizeilicherer Großeinsatz. Während der IMK-Frühjahrskonferenz wird auch die 17. Ausgabe der Fußball-Europameisterschaft in zehn deutschen Stadien ausgetragen. Der Polizei des Landes und ihren unterstützenden Kräften steht demnach ein anspruchsvolles Jahr bevor.

TERMINE INNENMINISTERKONFERENZ

Vorkonferenz zur Frühjahrskonferenz

6. bis 7. Juni 2024
Berlin, Bundesrat

Frühjahrskonferenz

19. bis 21. Juni 2024
Potsdam

Vorkonferenz zur Herbstkonferenz

19. bis 20. November 2024
Berlin, Bundesrat

Herbstkonferenz

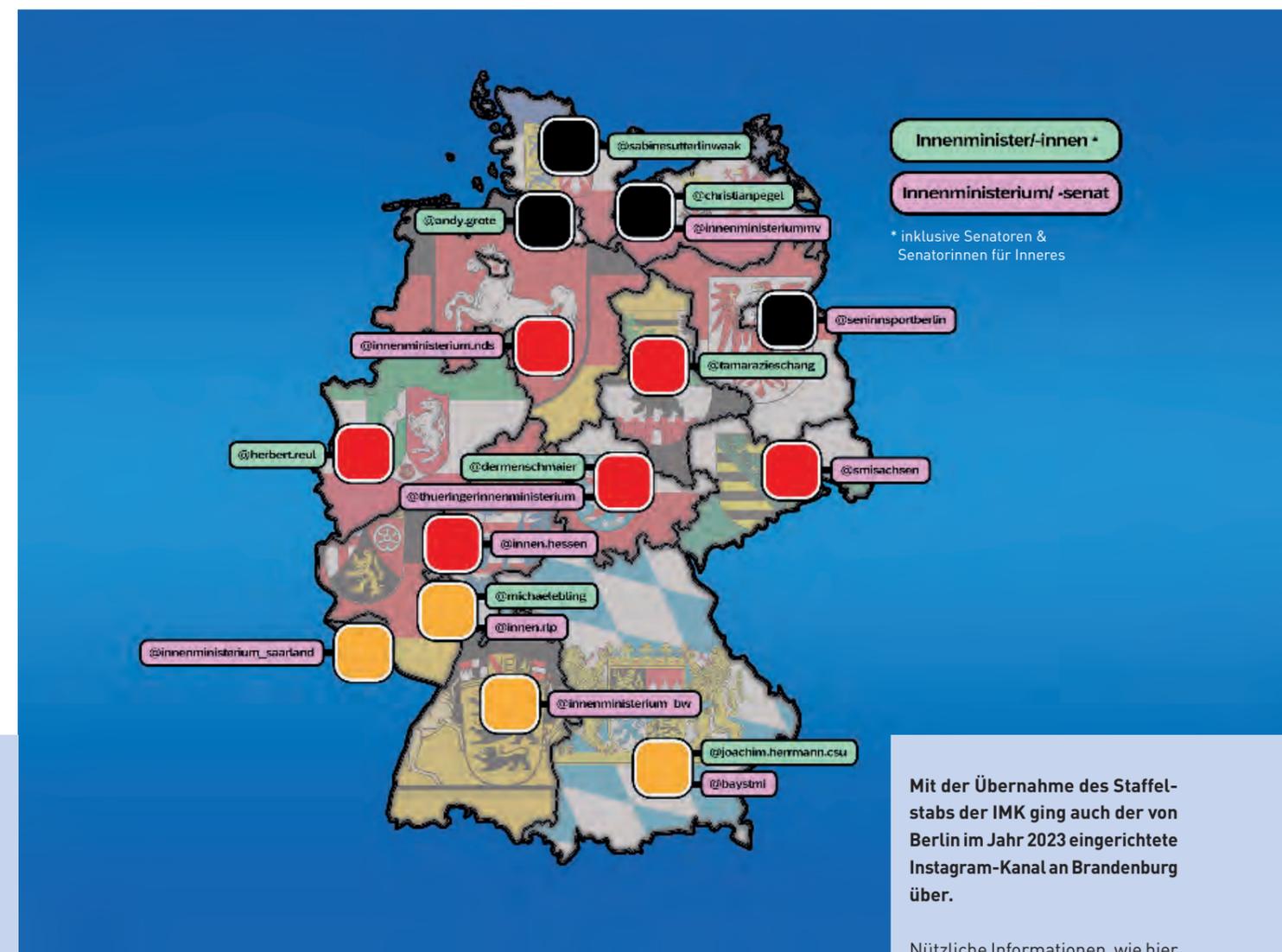
4. bis 6. Dezember 2024
Rheinsberg

Weitere Informationen
auf der Internetseite: imk2024.de

1954 - 2024
70
Jahre



Innenministerkonferenz Brandenburg 2024



Mit der Übernahme des Staffelstabs der IMK ging auch der von Berlin im Jahr 2023 eingerichtete Instagram-Kanal an Brandenburg über.

Nützliche Informationen, wie hier die Verlinkung aller Instagram-Accounts der Innenministerinnen und -minister, sowie Innensenatorinnen und -senatoren als auch der Innenministerien, Aktionstage oder auch der Blick hinter die Kulissen der IMK sind auf diesem Kanal garantiert. Einfach mal reinschauen oder auch Follower werden unter @innenministerkonferenz.

1954 - 2024
70
Jahre



Innenministerkonferenz Brandenburg 2024

„So viel Vielfalt wie möglich und so viel Einheit wie nötig“ – dieses Prinzip verkörpert die Innenministerkonferenz (IMK) seit inzwischen 70 Jahren.



Gespräch des Vorsitzenden der IMK mit den Vorsitzenden der Arbeitskreise I – VI am 29.01.2024 in Potsdam
(v.l.n.r.): **Andreas Hirth** Vorsitz AK V, **Ulrich Menke** Vorsitz AK III, **Torsten Voß** Vorsitz AK IV, **Eun-Joung Bettina Krüger** Vorsitz AK VI, **Minister Michael Stübgen**, **Andreas Keinath** Vorsitz AK I, **Axel Brockmann** Vorsitz AK II

Die Gründung der IMK erfolgte auf Vorschlag des damaligen nordrhein-westfälischen Innenministers Dr. Franz Meyers (CDU) während der Besprechung der Innenminister und Senatoren des Innern der Bundesländer in Düsseldorf am 21. Januar 1954. Die Notwendigkeit einer solchen Konferenz ergab sich aus der Erkenntnis, dass bestimmte Probleme die Arbeitsgemeinschaften der Innenministerien überforderte und eine direkte Beteiligung der Innenminister selbst erforderten.

Die IMK wurde ins Leben gerufen, um politische Grundsatz-

fragen zu klären und die Arbeit der Ausschüsse im Bundesrat zu unterstützen. Seitdem besteht das Ziel, länder- und parteiübergreifend für die Sicherheit der Menschen in Deutschland und ein geordnetes Zusammenleben zu sorgen sowie in Krisensituationen eine schnelle und bestmögliche Unterstützung für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

Im Laufe der Zeit hat die IMK einen starken Wandel durchlaufen, was sich auch in der Anzahl der Tagesordnungspunkte widerspiegelt. Während die erste Besprechung 1954 lediglich 21 Tagesordnungs-

punkte hatte, hat sich diese Zahl heute fast vervierfacht. Anfangs spielten polizeiliche Themen keine bedeutende Rolle, doch heute weisen über 50 Prozent der Tagesordnungspunkte einen direkten polizeilichen Bezug auf. In Verbindung mit Fragen der Migration, des Asyls und des Verfassungsschutzes nehmen Polizeithemen heute knapp 75 Prozent der Tagesordnung ein. Diese Zunahme kriminalitätsbezogener Themen ist das Ergebnis einer gesellschaftlichen Veränderung im Umgang mit und der Bewertung von Kriminalität seit den 80er Jahren. In der medialen und politischen

Wahrnehmung durch unser Gemeinwesen ist Kriminalität heute ein Gradmesser für die Fähigkeit von Bund und Ländern, Sicherheit zu gewährleisten.

Brandenburg hat zu Beginn des Jahres 2024 den Vorsitz übernommen und trägt damit die Verantwortung für die Führung der Geschäfte für ein Jahr. Mit seiner Agenda hat Brandenburg einen inhaltlichen Leitfaden erarbeitet, der die wesentlichen aktuellen Schwerpunkte der IMK widerspiegelt. Allerdings werden die Arbeit und der Inhalt der IMK immer wieder durch aktuelle Ereignisse in der gesamten Bundesrepublik beeinflusst. Die Agenda, weiterführende und aktuelle Inhalte rund um die IMK können Sie der Internetseite <https://imk2024.de> und den Social-Media-Kanälen (neu: Instagram – #imk2024bb) entnehmen.

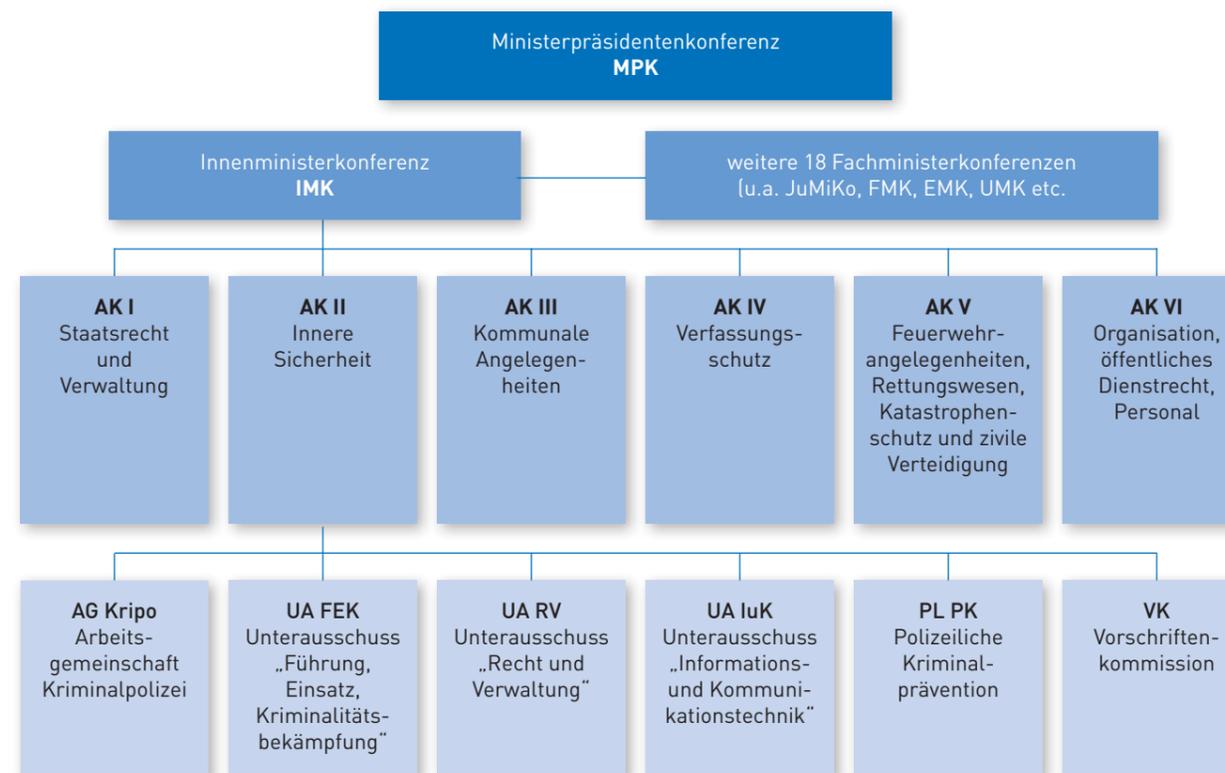
Wie organisiert sich der IMK Vorsitz?

Die Organisation des IMK-Vorsitzes in Brandenburg erfolgt mit Unterstützung durch die Ständige Geschäftsstelle im Bundesrat sowie durch eine landeseigene temporäre Geschäftsstelle (IMK Vorsitz 2024). Die Ständige Geschäftsstelle im Bundesrat ist für alle Aufgaben im Zusammenhang mit der Sitzungsvorbereitung, -durchführung und -nachbereitung zuständig. Dort werden beispielsweise die Tagesordnungen für die Konferenzen erstellt und Umlaufbeschlüsse, die außerhalb der Tagungen gefasst werden müssen, vorbereitet.

Die Bündelung der gesamten Organisation der Veranstaltungen, der inhaltlich/thematischen Begleitung der IMK sowie die Abstimmung mit A- und B-Ländern erfolgt in der landeseigenen Geschäftsstelle

IMK Vorsitz 2024, die als Stabsbereich temporär im Leitungsbereich des Innenministeriums eingerichtet wurde und eng mit der Ständigen Geschäftsstelle zusammenarbeitet. Unter der Leitung von Herrn Carsten Saß unterstützen erfahrene Kolleginnen und Kollegen aus dem Innenministerium (MIK) und auch dem Polizeipräsidium die Geschäftsstelle. Der Bereich „Presse und Öffentlichkeitsarbeit“ ergänzt die Aufgaben der Geschäftsstelle rund um alle Belange der Pressearbeit. Neben Presseanfragen und allen, mit dem IMK Vorsitz zusammenhängenden Pressekonferenzen und öffentlichkeitswirksamen Terminen, wird dort auch die Bereitstellung von Konferenz- und Merchandising Produkten organisiert.

Susanne Seng



Die meisten Themen der IMK werden von den sechs ständigen Arbeitskreisen der IMK vorbereitet, die den Geschäftsbereich der Innenressorts widerspiegeln. Brandenburg hat neben dem Vorsitz in der IMK auch den Vorsitz im AK „Staatsrecht und Verwaltung“ und ab Sommer den Vorsitz im UA RV inne. Zu den besonderen Anlässen innerhalb des Vorsitzjahres zählen unter anderem die Polizeisportlerehrung des Deutschen Polizeisportkuratoriums sowie das 30jährige Jubiläum der Beteiligung der Länder an polizeilichen Auslandseinsätzen.

infoMAGAZIN



Innenminister Michael Stübgen (r.) und Ministerpräsident Dietmar Woidke (6.v.r.) ehrten die erfolgreichen **Polizei- und Feuerwehrsportlerinnen und -sportler**

Weltklasse im Polizei- und Feuerwehrsport

24 MEDAILLEN haben Brandenburger Polizistinnen und Polizisten sowie eine Feuerwehrfrau im vergangenen Jahr bei den „World Police and Fire Games“ in Winnipeg und der „Fire Fit“ in Ontario (beides Kanada) errungen. Ministerpräsident Dietmar Woidke und Innenminister Michael Stübgen ehrten die insgesamt zwölf brandenburgischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Weltmeisterschaften im Polizei- und im Feuerwehrsport mit einem Empfang in der Staatskanzlei. Die „World Police and Fire Games“ werden seit 1985 veranstaltet. Zu den mehr als 60 Disziplinen gehören neben traditionellen Sportarten

wie Leichtathletik auch Schieß- und Kampfsportarten sowie spezielle Wettbewerbe wie Polizeihunde- oder Löschprüfungen. 2023 nahmen rund 8.500 Sportlerinnen und Sportler aus 50 Ländern teil, darunter elf aus Brandenburg. Neun brandenburgische Polizistinnen und Polizisten holten insgesamt 13 Gold-, sechs Silber- und drei Bronzemedailles unter anderem im Schwimmen, Indoor-Rudern, Bankdrücken, Bowling und der am Völkerball angelehnten Mannschaftssportart „Dodgeball“. Bei der Feuerwehrweltmeisterschaft „Fire Fit“ gewann die Potsdamer Ärztin und Feuerwehrfrau Marie-Cathérine Schumann zwei Goldmedaillen – im Einzel und im Tandem. Bei der „Fire Fit“ bewältigten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen genormten Parcours in voller Feuerwehrausrüstung inklusive Atemschutzmaske.

Staurekord in Brandenburg

BRANDENBURGER AUTOFAHRER standen 2023 deutlich länger im Stau auf der Autobahn, als im Jahr zuvor. Besonders starke Nerven sind laut Berechnungen des ADAC freitags gefragt. Die Staus machten 2023 in Brandenburg 17.381 Stunden aus, was einer Zunahme um mehr als 38 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (2022: 12.534) entspricht. Zusammen gerechnet machten die Staus 31.030 Kilometer aus. Damit seien sie im Vergleich um knapp 22 Prozent

länger gewesen. Die Zahl der Staumeldungen blieb mit 14.432 Einträgen in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Viele Staumeldungen gab es auf der A100, A111 und der A10. Die höchste Stauefahr ergab sich in Brandenburg freitags mit durchschnittlich 48 Staumeldungen. In Berlin trifft es den Donnerstag. Der Abschnitt mit den deutschlandweit meisten Staustunden je Kilometer Autobahn war die A10 zwischen dem Autobahnkreuz Schönefeld und dem Dreieck Spreeau. Hier kam der ADAC auf 240 Staustunden. Die meisten Staumeldungen auf einem Autobahnabschnitt – nämlich 2492 – gab es in Brandenburg auf der

Strecke Frankfurt (Oder)–Berliner Ring auf der A12. Nimmt man Berlin und Brandenburg zusammen, errechnete der ADAC insgesamt rund 34.000 Stunden, die Verkehrsteilnehmer auf Autobahnen im Stau warteten – also knapp vier Jahre.



Führerscheinentzug europaweit

DIE ABGEORDNETEN IM EUROPAPARLAMENT stimmten für ein Gesetz, nach dem ein Führerscheinentzug in einem EU-Land auch in allen anderen Mitgliedstaaten gelten soll. Bislang kann meist nur das EU-Land vollständig den Führerschein entziehen, in dem die Fahrerlaubnis ausgestellt wurde. Bei Verkehrsdelikten in anderen Staaten gilt das Fahrverbot nur dort, wo die Strafe verhängt wurde. In Zukunft sollen die Behörden Informationen zu schweren Verkehrsdelikten untereinander austauschen. Rasen soll ab einer Geschwindigkeit von mehr als 50 km/h über der geltenden Begrenzung EU-weit mit dem Entzug des Führerscheins bestraft werden, innerorts ab 30 km/h über der Höchstgeschwindigkeit. Auf der Liste der schweren Verkehrsdelikte stehen zudem Trunkenheit am Steuer und das Verursachen tödlicher Unfälle. Die EU-Kommission will damit die Sicherheit im Straßenverkehr erhöhen. Die Mitgliedstaaten haben sich noch nicht auf eine Position geeinigt.



Präventionstag in Cottbus

DIE STADT COTTBUS wird in diesem Jahr Gastgeberin des 29. Deutschen Präventionstags sein. Der Deutsche Präventionstag ist der weltweit größte Jahreskongress der Kriminalprävention und angrenzender Präventionsbereiche. Er findet am 10. und 11. Juni 2024 in der Messe Cottbus statt. Insgesamt rechnen die Veranstalter mit bis zu 3000 Besucherinnen und Besuchern.

Superzahl

50.000

MENSCHEN

erleiden deutschlandweit jährlich außerhalb eines Krankenhauses einen Herzstillstand. Acht Minuten braucht der Rettungswagen im Durchschnitt zum Patienten, wenige Minuten, die Leben retten können, denn schon nach drei bis fünf Minuten wird das Gehirn dauerhaft geschädigt. Eine Herzdruckmassage ist gefragt, die durch Erste Hilfe aber nur in 58% der Fälle durchgeführt wird. Nur zehn Prozent der betroffenen Personen, die einen Herzstillstand außerhalb eines Krankenhauses erleiden, überleben. Es könnten 10.000 weitere Leben gerettet werden, wenn sofort mit einer Herzdruckmassage begonnen würde. In nur 51,2% der Fälle wird die Reanimation durch einen Laien aber auch wirklich begonnen. Schnelles Handeln entscheidet für die Betroffenen über Leben und Tod. Eine unverzügliche Herzdruckmassage verdoppelt bis verdreifacht die Überlebenschance, jede Minute zählt.

Prüfen – Rufen – Drücken

gilt als Leitformel für die Reanimation durch Laien beim plötzlichen Herzstillstand



1 Prüfen: Keine Reaktion? Keine oder keine normale Atmung?



2 Rufen Sie 112 an.



3 Drücken Sie fest und schnell 5-6 cm tief in der Mitte des Brustkorbs 100-120 x pro Minute. Hören Sie nicht auf, bis Hilfe eintrifft.



Zahl der Straftaten gestiegen

IN BRANDENBURG sind nach jahrelanger Talfahrt die polizeilich registrierten Straftaten im vergangenen Jahr erneut gestiegen. Insgesamt wurden 186.242 Straftaten gezählt. Damit lag die Kriminalität im Land um 9,4 Prozentpunkte höher als noch im Jahr 2022. Die Aufklärungsquote erreichte hingegen den höchsten Stand seit 15 Jahren. „Die Zunahme der registrierten Straftaten spiegelt im Kleinen die tiefgreifenden Veränderungen und globalen Umbrüche wider, die im Großen vorgehen“, sagte Innenminister Michael Stübgen bei der Vorstellung der PKS Mitte März. Polizeipräsident Oliver Stepien ergänzte: „Insbesondere bei den Diebstahlsdelikten verzeichneten wir im letzten Jahr einen starken Anstieg um 10,4 Prozent. Damit war fast jede dritte Straftat, die in Brandenburg begangen wurde, ein Diebstahlsdelikt.“ Wirtschaftliche Herausforderungen, soziale Unsicherheiten, aber auch eine Rückkehr in das Leben ohne coronabedingte Einschränkungen seien mutmaßlich Treiber der Entwicklung gewesen.



infoMAGAZIN



25 Jahre Hilfe für Helfer“

SEIT FAST 25 JAHREN steht des Einsatz-Nachsorge-Team (ENT) Feuerwehrkameraden, Polizisten und Rettungsdienstlern zur Seite. Diese Berufsgruppen gehen tagtäglich mit dem Leid und der Not vieler Menschen um. Um anderen zu helfen, begeben sie sich selbst in Gefahr. Sie erleben viel häufiger kritische Situationen als andere Menschen. Nach besonders schweren Ereignissen sind Einsatzkräfte mitunter extremen seelischen Belastungen ausgesetzt. Das Einsatz-Nachsorge-Team

besteht aus ca. 30 erfahrenen Einsatzkräften aus Feuerwehr, Polizei und Rettungsdienst mit spezieller Zusatzausbildung, die ehren- und nebenamtlich tätig sind und für die psychische Betreuung von Einsatzkräften besonders ausgebildet wurden. Unterstützt werden sie durch psychosoziale Fachkräfte, die mit dem Einsatzalltag vertraut sind – DiplompsychologInnen, PfarrerInnen, Dipl.-SozialarbeiterInnen, FührungskräfteberaterInnen.



Catcalling ahnden

ANZÜGLICHE RUFEN, PFEIFEN ODER GESTEN in der Öffentlichkeit, das so genannte „Catcalling“ gehört für viele Frauen zum Alltag. Strafbare ist das bislang regelmäßig nicht. Niedersachsens Justizministerin Kathrin Wahlmann sieht hier eine Strafbarkeitslücke und regt an, verbale sexuelle Belästigungen künftig als Straftat zu ahnden. Eine Gesetzesänderung auf Bundesebene wäre nötig, insbesondere des Strafgesetzbuches (StGB). Das StGB stellt in den §§ 174 ff. vor allem körperliche Handlungen unter Strafe. Eine rein verbale sexuelle Belästigung ist dagegen allenfalls als Beleidigung nach §

185 StGB strafbar. Aber auch dies scheidet nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (BGH) im Fall von Catcalling regelmäßig aus. Der BGH wurde bereits in mehreren Fällen angerufen und hob Verurteilungen allesamt auf. BGH: Absichtsbekundung

zum Geschlechtsverkehr ist keine Beleidigung. Experten sprechen sich schon lange dafür aus, auch verbale sexuelle Übergriffe zu bestrafen. Auch wird angeregt, das Catcalling nach französischem Vorbild als Ordnungswidrigkeit zu erfassen.



Bereitschaftspolizei in Zahlen

ES GIBT BUNDESWEIT 16.309 Bereitschaftspolizistinnen und Bereitschaftspolizisten. Die Länder und der Bund halten in Summe **27** Bereitschaftspolizeiabteilungen und **111** Einsatzhundertschaften vor. Für das Jahr 2023 blicken die Bereitschaftspolizeien auf insgesamt **322** länderübergreifende Unterstützungseinsätze zurück. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine nochmalige Steigerung von etwa zehn Prozent.



Dokumentenscan am Einsatzort

AUF DEN DIENSTLICHEN SMARTPHONES der Polizei Brandenburg macht künftig eine App das digitale Erfassen von Ausweisdokumenten und Kennzeichen möglich. Neben der enormen Arbeitserleichterung werden unnötige Mehrfachersparungen und Übermittlungsfehler vermieden und die Datenrichtigkeit gestärkt. Neben weiteren bereits eingeführten Apps, die eine mobile Sachbearbeitung, Auskunfts- und Recherchemöglichkeiten ermöglichen, soll die App „mScan“ den Alltag der Polizei und die Routine in Einsätzen erleichtern. So sollen auch Ordnungswidrigkeiten künftig direkt mit dem Smartphone begleitet und die bestehenden Bezahlfunktionen weiter ausgebaut werden.



Strafverschärfung untauglich

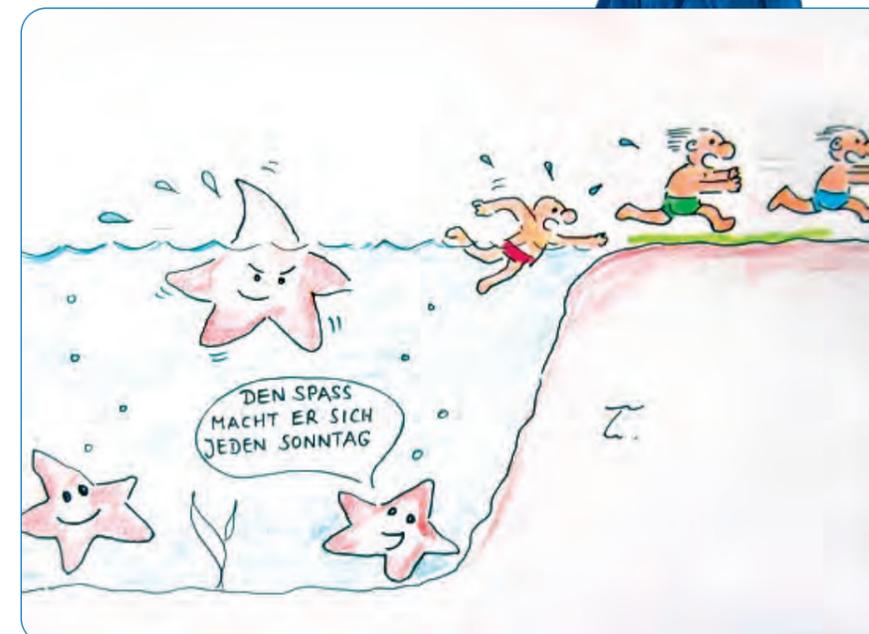
DIE MINDESTSTRAFHÖHE für die Verbreitung, den Erwerb und den Besitz kinderpornografischer Inhalte soll nach Kritik aus der Praxis wieder abgesenkt werden, berichtet der Fachbuchverlag Beck auf seiner Website. Die Bundesregierung hatte zuvor einen entsprechenden Gesetz-

entwurf beschlossen. Der Tatbestand war erst im Jahr 2021 verschärft worden. Rückgängig gemacht werden soll die Heraufstufung zum Verbrechen durch Senken der Mindeststrafen in § 184b Abs. 1 S. 1 StGB von einem Jahr auf sechs Monate und in § 184b Abs. 3 StGB von einem Jahr auf drei Monate. Die Änderung des unteren Strafrahmens aus dem Jahr 2021 habe zu zahlreichen Problemen in der Praxis der Strafverfolgung geführt, sagte Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP). „Insbesondere droht Menschen, die solches Material ungewollt – etwa im Rahmen einer WhatsApp-Eltern-Gruppe – zugespielt bekommen haben, eine Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr“, so Buschmann. Vergleichbares gelte beispielsweise auch im Fall von Lehrerinnen und Lehrern, die bei Schülern kinderpornografisches Material auf dem Handy entdeckt und es weitergeleitet haben, um betroffene Eltern zu alarmieren.



CARTOON VON THOMAS LEONHARDT

Mit Humor und spitzem Stift



POLIZEINEWSLETTER

Der Polizei-Newsletter wird erstellt durch Professor Dr. Thomas Feltes, Ruhr-Universität Bochum www.polizei-newsletter.de

Gesichtserkennung an der Grenze

DER DATENMAKLER LEXISNEXIS begann Ende 2022 mit dem Verkauf von Gesichtserkennungsdiensten und persönlichen Standortdaten an die US-Zollbehörde. Der 15,9-Millionen-Dollar-Vertrag umfasst zahlreiche Mittel zur Lokalisierung von Personen in den gesamten Vereinigten Staaten unter Verwendung einer Vielzahl personenbezogener Daten, von denen viele ohne richterliche Aufsicht beschafft und verwendet werden.



Abschaffung der Lizenz fragwürdig

LAUT EINER NEUEN STUDIE stiegen die Raten gewalttätiger Angriffe mit Schusswaffen in den USA um 32 Prozent, nachdem Staaten die Lizenz zum verdeckten Tragen von Waffen abschafften, die eine Ausbildung oder Befähigung für Schusswaffen vorschrieben. Somit haben es potenziell untrainierte Waffenbesitzer leichter, ihre Waffen in der Öffentlichkeit zu tragen. Die Studie zeigt, dass man (in den USA) den erwarteten Anstieg der Angriffe mit Schusswaffen reduzieren kann, indem man Ausbildungsanforderungen einführt.

Streckmittelmelder für Cannabis

SEIT 2013 gibt es online einen sogenannten Streckmittelmelder, der auch Preise und andere regionale Informationen zu Cannabis enthält, welche beispielsweise in Form von Statistiken abrufbar sind. User können sich somit gegenseitig anonym vor gestrecktem Cannabis in ihrer Region warnen. Neben den für Polizei und Justiz schwer umsetzbaren Rechtsvorschriften im Zusammenhang mit der geplanten Legalisierung von Cannabis, stellt auch die zu unkontrollierbare Verunreinigung einen Kritikpunkt dar. Durch steigende Nachfrage und maximale Gewinnabsichten der Produzenten könnten auch lebensgefährliche Mischungen zunehmen.



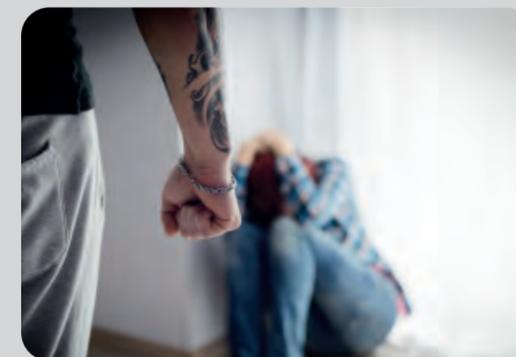
Kosten staatlicher Sparprogramme

ÜBER 200 WAHLEN in mehreren europäischen Ländern hat eine Studie ausgewertet und weist nach, dass finanzielle Konsolidierungen (Sparkurs) zu einem signifikanten Anstieg des Stimmenanteils der extremen Parteien, einer niedrigeren Wahlbeteiligung und einer Zunahme der politischen Fragmentierung führen. Durch die Sparmaßnahmen ausgelöste Rezessionen verstärken die politischen Kosten wirtschaftlicher Abschwünge erheblich und das Misstrauen gegenüber dem politischen Umfeld wird erhöht.



Mülleimer auf vier Rädern?

DER NEUE POLIZEIROBOTER K5 wird in New York eingesetzt. Er ist etwa 1,70 m groß und ist ein völlig autonomer Sicherheitsroboter für die Strafverfolgung, der über Video-, aber keine Audioaufnahmen verfügt. In der zweimonatigen Testphase werden seine Einsatzbereiche in Krankenhäusern, Einkaufszentren, Flughäfen, Lagerhäusern und Kasinos sein. Später soll er auch in der U-Bahn-Station Times Square zum Einsatz kommen.



Polizei und häusliche Gewalt

IN EINER STUDIE in Großbritannien ergab sich aus Befragungen von Polizeibeamten zu persönlichen Erfahrungen mit Viktimisierung durch häusliche Gewalt eine Lebenszeitprävalenz von etwa 22 Prozent. Frauen waren häufiger von häuslicher Gewalt betroffen als Männer. Von den Opfern offenbarten 47 Prozent ihre Viktimisierung einem Kollegen, 37 Prozent einem Vorgesetzten und 27 Prozent wurden von einem Partner misshandelt, der ebenfalls bei der Polizei arbeitete. Diese umfassende Beschreibung der Viktimisierung durch häusliche Gewalt in der Polizei zeigt, dass die Mitarbeiter der Polizei trotz ihrer beruflichen Rolle als Hüter und Vollstrecker des Gesetzes in ähnlicher Weise von häuslicher Gewalt betroffen sind wie die Allgemeinbevölkerung.

Forensische Fehler und Fehltrteile

FORENSISCHE FEHLER können ein erhebliches Problem darstellen. Bei etwa der Hälfte der in einer Studie analysierten Fehltrteile hätten verbesserte Technologien, Zeugenaussagen oder Praxisstandards eine Fehlurteilung zum Zeitpunkt des Prozesses verhindern können. Bis zum Jahr 2023 wurden in den USA mehr als 3.000 Fehltrteile registriert.



Suizid in der Polizei in den USA

DER SELBSTMORDVERSUCH eines Top-Polizisten in Miami hat eine Diskussion über das Stigma der psychischen Gesundheit in der Polizeiarbeit ausgelöst. Berufliche Probleme, Ehestreitigkeiten und der Zugang zu einer Schusswaffe sind bekannte Risikofaktoren. Aber Selbstmordinterventionsprogramme sind von der Bereitschaft abhängig, zuzugeben, dass man in einer Krise steckt. Experten zufolge ist dies etwas, womit sich Polizeibeamte immer noch schwertun.

Spurensicherung

Kriminaltechniker Jens Nering sah mehr als 200 Leichen

Fingerabdrücke nehmen und Fotos vom Tatort machen: Der Kriminaltechniker Jens Nering aus Perleberg wird gerufen, wenn es die Spurensicherung braucht. Wie der Polizist auch schwere Fälle verarbeitet – und warum Szenen im „Tatort“ oft nicht realistisch sind.

Perleberg. Wie viele Leichen Jens Nering in seiner Zeit der Polizei schon gesehen hat, kann er nicht beziffern: „In den ersten zehn Jahren habe ich die noch gezählt, als es 200 waren, habe ich damit aufgehört“, sagt der 59-Jährige.

Nering ist Kriminaltechniker bei der Polizei in Perleberg. Er und seine zwei Kollegen sind für die Spurensicherung zuständig: Fingerabdrücke nehmen, Fotos vom Tatort machen, mögliches Beweismaterial sichern.

Perleberg: Spurensicherung kommt nicht nur bei Mord

Seit fast 40 Jahren ist der gebürtige Wismarer im Polizeidienst und wird zu Tatorten aller Art gerufen. Anders als Fernsehserien wie „Tatort“ oder „Polizeiruf 110“ vermuten lassen, rückt die Spurensicherung nicht nur bei Gewaltverbrechen an. „Immer, wenn ein Schutzpolizist uns anruft, weil es Spuren zu sichern gibt oder der Sachverhalt unklar ist, dann kommen ich und mein Team“, so Nering.

Gründe, warum Nering und seine Kollegen angerufen werden, gibt es viele: Wohnungseinbruch, gesprengte Geldautomaten, oder das Feststellen von Brandursachen. Am Tatort angekommen, ist der erstmal Nerings Territorium: „Wir entscheiden, wer den Tatort betritt, und wer nicht“, sagt Nering. Wenn die Spuren noch nicht gesichert und der Tatort deshalb noch nicht freigegeben ist, könnte Nering sogar einem Staatsanwalt oder Richter den Zutritt verweigern.

Sorgfalt am Tatort ist wichtig – Filmszenen verzerren oft Realität

Bei der Arbeit am Tatort ist Sorgfalt geboten: „Wenn wir kommen, sichern wir mit speziellen Folien als erstes die Spuren am Boden“, so Nering. Sonst könnte man die eigenen Fußabdrücke schwerer von denen des Täters unterscheiden. Szenen aus Krimi-Filmen, in denen der Ermittler den Tatort betritt, während die Spurensicherung noch arbeitet, seien deshalb unrealistisch.

Danach erst werden die anderen Spuren gesichert. Am Tatort tragen die Kriminaltechniker doppelte Einweghandschuhe, oder je nach Schwere des Falls auch Schutzanzüge. Nur so kann verhindert werden, dass Nering und sein Team ihre eigene DNA versehentlich hinterlassen. Für diesen Fall sind ihre Fingerabdrücke und DNA sicherheitshalber hinterlegt.

Einsatz kurz nach der Wende: Bilder, die der Perleberger nicht vergisst

Wo eventuell wichtige Spuren zu finden sind, und worauf man je nach Tatort achten muss, weiß Nering durch seine jahrzehntelange Erfahrung: „Ich sehe beispielsweise direkt, ob sich eine Explosion durch Gas oder durch Sprengstoff ereignet hat“, sagt er. Die Spurensicherung bei Bränden und Explosionen sind sein Spezialgebiet.



Seit fast 40 Jahren ist Jens Nering im Polizeidienst tätig.

Immer wieder wird Nering aber auch zu Einsätzen gerufen, die er auch Jahre später noch genau vor Augen hat. So wie kurz nach der Wende, mitten im kalten Winter, als Nering nachts angerufen wird. Der Grund: ein Verkehrsunfall mit Toten bei Glöwen. Als er ankommt, ist die Feuerwehrrschon da, und hat den Unfallort mit einem riesigen Scheinwerfer ausgeleuchtet. „Ich bin ausgestiegen und habe sofort verbranntes Kunststoff und verbranntes Fleisch gerochen“, erinnert er sich. Den Anblick der Toten im Auto vergisst er auch fast 30 Jahre später nicht.

Umgang mit Leichen: Umfeld und Ausgleich sind wichtig

Gerade um auch solche Einsätze mit Toten zu verarbeiten, sei es wichtig, das richtige Umfeld zu haben. „Es ist wichtig, dass man mit den Kollegen und der Familie über solche Erlebnisse sprechen kann“, sagt Nering. Zu nah an sich heranlassen dürfe man das nicht. „Ich habe glücklicherweise bis heute diesen Abstand“, sagt er. Trotzdem sei es wichtig, neben der Arbeit einen Ausgleich zu haben, etwas, das den Kopf ausschaltet.

Für Nering bedeutet das, dass er zur Geschichte von Perleberg recherchiert und Bücher darüber schreibt, und dass er gemeinsam mit seiner Frau Puppenhäuser modelliert und baut. Ab nächstem Jahr wird er sich dem dann noch mehr widmen. Denn dann geht Nering in den Ruhestand. Spaß gemacht habe ihm die Arbeit immer, er hätte auch noch 20 Jahre weiterarbeiten können.

Luis Kuminka

Hinweis: Dieser Text ist zunächst in der Märkischen Allgemeinen Zeitung veröffentlicht worden.



Die Karawane zieht weiter

Besondere Aufbauorganisation (BAO) „Karawane“ eingerichtet

Seit Monaten protestieren im ganzen Land die Landwirte. Sie blockieren Autobahnanschlusstellen, führen Sternfahrten nach Berlin durch oder versammeln sich zu anderen Kundgebungen. Immer dabei Trecker und andere Landwirtschaftsmaschinen. Das stellt auch die Polizei Brandenburg vor eine neue Herausforderung.

Die Abteilung Bereitschaftspolizei der Brandenburger Polizei ist viel gewohnt. Besondere Einsatzlagen gehören zu ihrem Tagesgeschäft. Egal ob beim G7-Gipfel in Elmau 2022 oder während zahlreicher Staatsbesuche wie der des britischen König Charles im vergangenen Jahr. Sie unterstützen, stellen spezielle Einsatztechnik zur Verfügung oder dienen als Koordinierungsstelle. Auch bei dem jüngst zurückliegenden Einsatz rund um die Protestwochen der Landwirte Mitte Januar waren sie dabei.

Dass diese Protestwoche eine ganz besondere war, kann auch Polizeiführer Dennis Elisath bestätigen. Nicht nur für ihn persönlich, wie er sagt, denn er war zum ersten Mal als Polizeiführer des Polizeipräsidiums eingesetzt. Für die Lage wurde eine Besondere Aufbauorganisation (BAO) mit dem Namen „Karawane“ eingerichtet.

„Letztendlich betraf es den kompletten Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums“, sagt Elisath. Es galt eine hohe Anzahl an Polizeikräften und Einsatzmitteln über den langen Zeitraum einer Aktionswoche zu koordinieren, Fragen der Verpflegung und Unterbringung, besonders von Fremdkräften zu klären und sich mit den Erfordernissen des Digitalfunks auseinanderzusetzen.

„Uns war von Anfang an klar, dass die Auswirkungen und Einschränkungen der Bevölkerung ein großes Medieninteresse und auch Informationsbedürfnisse aus dem politischen Raum bewirken“, so Polizeiführer Elisath weiter. Ein Blick in die Pressestelle des Polizeipräsidiums bestätigt diese Ahnung. „Im Rahmen der BAO wurden insgesamt 309 Medienanfragen alleinig zu diesem Thema beantwortet“, sagt der Leiter der Pressestelle im Polizeipräsidium, Mario Heinemann.

Auch in den Sozialen Medien war das Interesse groß. Während der Protestwoche wurden auf der Plattform X zirka 50 Tweets zu Routen und Verkehrsbeeinträchtigungen abgesetzt. Gerade dort, verbreiten sich Informationen zum Einsatzgeschehen schnell. Aber auch die Plattform Facebook, die häufig auch von den Landwirtinnen und Landwirten als Mittel zum Demonstrationsaufruf genutzt wird, wurde intensiv bespielt. „Bei Facebook haben wir inhaltlich identische Inhalte gebracht, allerdings deutlich höhere Reichweiten als bei X erzielt“, so Heinemann weiter. Knapp eine halbe Millionen Nutzer wurden mit den Facebookpostings in der Aktionswoche erreicht, über 1.400 Kommentare von den Usern unter die Posts getippt. Laut Heinemann sei zu erkennen, dass auf Facebook ein Querschnitt der Bevölkerung erreicht wurde. So gab es überwiegend Diskussionen zu den Forderungen der Bauernschaft, aber auch viel Zustimmung für die Proteste.

Dass man mit Kritik an den Bauernprotesten deutlich zurückhaltender sei als beispielsweise bei den Protesten der Klimabewegung, stellt auch Protestforscher Dieter Rucht

in einem kürzlich veröffentlichten Interview mit dem ZDF fest. „Wenn so eine Gruppe dann aufsteht und sich wehrt, dann haben viele Leute mehr Verständnis als bei Protestaktionen von Menschen, die aus dem studentischen Milieu kommen und noch keinen gefestigten sozialen Status haben.“ So spiele nicht nur die Form des Protests eine Rolle, sondern auch wer protestiert.

Die Form des Protests hat auch Polizeiführer Elisath während der BAO beschäftigt. Während der eigentlichen Einsatzdurchführung musste die Lage an den Folgetagen beurteilt werden. Das machte stetige Anpassungen der Planung notwendig, da die Lage von Tag zu Tag variierte. „Ähnliche Protestaktionen, insbesondere Sternfahrten nach und in Berlin, wurden bereits in der Vergangenheit durch das Polizeipräsidium geführt. Über diese bekannten Aktionsformen hinaus, waren während der BAO die Blockaden der Autobahnanschlusstellen und die landes- bzw. bundesweiten Versammlungen eine neue Entwicklung in diesem Zusammenhang.“ Der Protest in der Aktionswoche sei aber insgesamt überaus friedlich und kooperativ verlaufen.

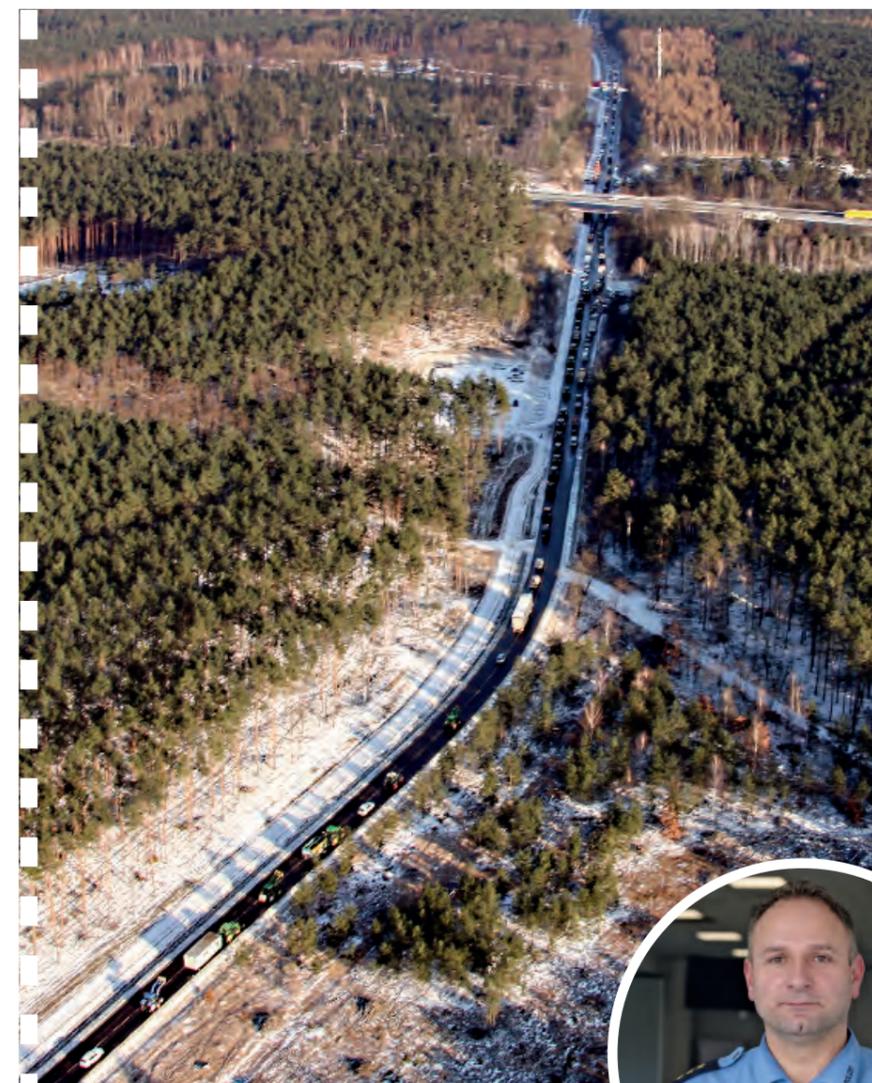
Ob sich das nun ändert? Anfang März setzten Bauern ihre Proteste auf der Bundesstraße 5 bei Wustermark im Havelland fort. Sie kippten einen großen Haufen Gülle und Mist auf über hundert Meter der Fahrbahn. Dadurch kam es zu Unfällen, bei denen fünf Menschen verletzt wurden. Anzeigen wegen gefährlichen Eingriffs in

den Straßenverkehr wurden erstattet. Ermittelt wird auch wegen möglicher weiterer Straftaten. Der Präsident des Brandenburgischen Bauernverbands Henrik Wendorff kritisierte die Aktion. Das schade den Interessen der Landwirte, sagte er in einem Interview mit dem Radiosender Antenne Brandenburg.

Über die Frage, ob der Protest damit eine neue Stufe erreicht hat, wird aktuell viel diskutiert. Auch in den Sozialen Netzwerken und Kommentarspalten der Medien regt sich Protest gegen die Proteste. In welche Richtung es damit nun weitergeht, bleibt abzuwarten.

Josefin Roggenbuck

Luftbild: Die Besetzung des Polizeihubschraubers dokumentiert die durch Protestaktionen entstandenen Autobahnstaus.



Polizeiführer, Polizeidirektor Dennis Elisath



Die Bilder wurden uns von der Feuerwehr Elstal zur Verfügung gestellt



Mehr als ein Standortvorteil

Die Polizeihochschule in Oranienburg bekommt ein lang ersehntes Wohnheim für ihre angehenden Polizistinnen und Polizisten.

Zurzeit entsteht neuer Wohnraum für 400 Polizeianwärterinnen und -anwärter im Zentrum Oranienburgs – knapp drei Kilometer von der Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg entfernt. Seit gut einem Jahr wird inzwischen auf der Fläche der früheren Oranienburger Polizeiwache direkt neben einem Supermarkt und einem Kino gebaut. Das rund 43 Millionen Euro schwere Bauvorhaben liegt dabei im Zeitplan, sodass voraussichtlich im ersten Quartal 2026 die ersten Bewohnerinnen und Bewohner einziehen könnten.

Von Beginn an waren Studierende, Auszubildende und Gremien an den Planungen des Wohnheims beteiligt. Hier bei der Präsentation der ersten Visualisierung des Neubaus.

Das U-förmige Gebäude wird in Massivbauweise und durch Einbaumodule errichtet, was eine konstant hohe Qualität in vergleichsweise kurzer Bauzeit sicherstellt. Auf insgesamt fünf beziehungsweise sechs Geschossen reihen sich kompakte Doppel-Apartments aneinander. Sie verfügen über jeweils zwei voneinander getrennte Zimmer, die als Schlaf- und Wohnbereich für je eine Person dienen. Dazu gehört auch ein Bereich zur gemeinschaftlichen Nutzung mit Küche und Bad, der nur von beiden Apartments aus begehbar ist. Entstehen werden auch zahlreiche überdachte Fahrradstell-

plätze. Gemeinschafts-, Freizeit- und Sozialräume befinden sich in dem zum Innenhof gewandten Teil des Nordflügels.

Mehr als nur wohnen – Wohnheim steigert Zusammenhalt

Dieses Miteinander, in Doppel-Apartments und den neu geschaffenen Sozialräumen, kann das neue Wohnheim weiter stärken, so wie es zu Zeiten der Fachhochschule am Standort Basdorf bereits erlebbar war. Mit dem Umzug nach Oranienburg kam zwar ein moderner Campus und eine deutlich erhöhte Kapazität der Ausbildungs- und Studienplätze, der Bedarf eines eigenen Wohnheimes war dennoch schnell erkennbar. Der Brandenburgische Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen (BLB) hat nun mit dem Bau des Wohnheims umgesetzt, was bereits seit Jahren durch die Hochschule vorbereitet wurde. Mit dem Zentrum Oranienburgs ist ein attraktiver und für die Anwärterschaft gut angebundener Standort gefunden. Hochschulpräsidentin Prof. Dr. Heike Wagner blickt positiv in die Zukunft: „Mit dem Wohnheim kommt die Hochschule im Zentrum Oranienburgs an. Wir verbuchen damit einen deutlichen Attraktivitätsgewinn. Unsere angehenden Polizistinnen und Polizisten werden nicht nur bei der Wohnungssuche entlastet. Dadurch dürfte sich natürlich auch die Lage auf dem Wohnungsmarkt in Oranienburg und Umgebung etwas entspannen. Auch das Miteinander wird durch das Zusammenleben deutlich gestärkt. Darauf können sie im späteren Dienst als Teammitglieder aufbauen.“



Fotos (4): Karsten Schirmer, BLB



Wohnheim als Standortvorteil

Mit dem Anwärter-Wohnheim zieht Brandenburg nun mit den angrenzenden Bundesländern Berlin und Sachsen-Anhalt gleich. Für Berufsinteressierte bei der Polizei boten Brandenburgs Nachbarländer zwar kein Rundum-Sorglos-Paket, warteten aber dennoch mit eigenem und bezahlbarem Wohnraum für einen Teil ihrer Nachwuchskräfte in der Nähe der Ausbildungs- und Studienstandorte auf. Naturgemäß konkurrieren die Länderpolizeien schon länger um geeigneten Berufsnachwuchs. Durch das Wohnheim sieht die Hochschule nun einen Vorteil in der Ansprache der Bewerbenden. Denn über die Jahre wurde durch steigende Mietpreise und den Mangel an vorhandenen Ein- oder Zweiraumwohnungen die Wohnungssuche für den Polizeinachwuchs immer schwieriger.

Nach einigen Jahren der Verhandlungen konnte im Februar 2023 der Vertrag für den Bau der Anwärterunterkünfte für die Hochschule der Polizei in Oranienburg zwischen dem BLB und dem Unternehmen Märkische Ingenieur Bau GmbH (mib) aus Wriezen unterzeichnet werden. Mit diesem Auftrag wurden 95 Prozent aller zu vergebenden Bauleistungen vertraglich gebunden. Noch im selben Monat rollten die ersten Baumaschinen auf das Gelände der Berliner Straße 45A. Im Laufe des Jahres 2023 wuchs das Gebäude Etage für Etage. Im November 2023 wurden die tragenden Bauteile des fünften Obergeschosses montiert. In jedes der oberirdischen Geschosse wurden anschließend vorgefertigte Badzellen und Installationsregister eingesetzt.



Vorstellung der ersten Pläne auf dem HPol-Campus in Oranienburg



Visualisierung des Neubaus und der Innenräume mit gemeinsamem Küchenbereich und getrennten Wohnräumen.



Visualisierungen mit freundlicher Genehmigung von Kessel und Züger Architekten, Berlin / Zürich Partnerschaftsgesellschaft mbB

„Die professionelle Partnerschaft, bestehend aus dem Brandenburgischen Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen (BLB), der Märkischen Ingenieur Bau GmbH (mib) sowie der Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg, ermöglicht einen bis dato zügigen und reibungslosen Bau des Wohnheims“, betont die Präsidentin der Polizeihochschule, Prof. Dr. Heike Wagner.

Ganz besonders den Mitarbeitenden auf dem Campus, die dieses Projekt für die Hochschule tatkräftig vorangetrieben haben, gelte ein großes Dankeschön. Das Team Logistik aus dem Bereich Zentrale Aufgaben, der Örtliche Personalrat, die Jungendauszubildendenvertretung sowie die Jugend- und Auszubildendenvertretung hatten den Prozess von Beginn an mit viel Ehrgeiz begleitet.

„Mit diesem engagierten Kollegium an der Seite blicke ich voller Zuversicht auf unsere künftige Auf-

gabe nach der Staffelstabübergabe 2026, das Wohnheim mit all seinen Bewohnerinnen und Bewohnern zu verwalten“, sagt die Hochschulpräsidentin. Die Arbeit für die Hochschule beginne dabei nicht erst mit der Übergabe der Liegenschaft. Bereits jetzt werden Vorplanungen für eine künftig mögliche Belegung getroffen und die personellen sowie organisatorischen Voraussetzungen des Liegenschaftsmanagements geschaffen.

Von Anwärter für Anwärter – Einbezug der künftigen Nutzer von Tag eins an

Dem Start der Baumaßnahmen gingen umfangreiche und konstruktive Gespräche zwischen Vertreterinnen und Vertretern der späteren Nutzenden voraus. So wurden die Jugend- und Auszubildendenvertretung sowie Jugend- und Auszubilden-

denstufenvertretung von Beginn an bei der Planung und Gestaltung des Wohnheimes beteiligt – beispielsweise bei der Planung der idealen Zimmeraufteilung und Ausstattung der Gemeinschaftsräume.

Wenn im Frühling 2026 die ersten Bewohnerinnen und Bewohner in die Anlage einziehen können, geht eine zwanzigjährige Wartezeit zu Ende. Ein solches Wohnheim ist nicht nur Ort zum Schlafen und Essen. Es ist der Raum für gemeinsames Lernen, für zusammen durchlebte Prüfungsphasen und auch der Ort für die ein oder andere Party, von der noch lange erzählt werden wird. Die – auch örtliche Gemeinschaft – ist ein ganz wesentlicher Teil einer prägenden Zeit im Leben. Für die Polizei des Landes ist das Wohnheim fortan noch mehr, ein echter Standortvorteil.

Katrin Böhme

Realitätsnahe Szenarien im modernen Trainingsobjekt Friedrichsthal

Weiterbildung am Puls der Zeit

Wir stellen vor: Das neue Trainingsobjekt Friedrichsthal im Weiterbildungszentrum (WBZ) Nord bietet die Möglichkeit, realitätsnahe und flexible Szenarien in der polizeilichen Aus- und Weiterbildung umzusetzen.

Vor genau einem Jahr – genauer gesagt, mit Wirkung vom 1. April 2023 – wurde dem WBZ Nord das Trainingsobjekt Friedrichsthal feierlich durch den Brandenburgischen Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen zur Nutzung freigegeben. Ein Jahr danach gibt es viele Gründe, eine positive Bilanz zu ziehen und in eine vielversprechende Zukunft zu blicken. Denn es ist viel passiert: Neben dem alltäglichen Training von aktiven Polizistinnen

und Polizisten für Standardlagen und lebensbedrohliche Einsatzlagen (lebEl) wurde bereits ein Großteil der Kolleginnen und Kollegen am neuen Distanz-Elektro-Impulsgerät DEIG (umgangssprachlich und engl. auch Taser genannt) ausgebildet. Wir werfen einen Blick auf die moderne Anlage.

Ausstattung passt sich den Bedarfen an

Im Innenbereich der Halle wurde neben einem Seminarraum und einer Rüstkammer ein komplexes, variables Stellwandsystem errichtet. Mussten die Einsatztrainings und Ausbildungen früher in dunklen Kellerräumen oder die Vor- und Nachbereitungen auf dem Flur durchgeführt werden, bietet das

Trainingsobjekt Friedrichsthal großzügige Räume, die mit moderner Technik aufwarten. Der circa 150 m² große Trainingsbereich beeindruckt durch vielfältig veränderbare Kulissen. So kann beispielsweise eine Ramm- sowie eine Durchschusstür in das Training integriert werden, um alle denkbaren Indoor-Trainingszenarien zu ermöglichen, auch mittels Farbmarkierungswaffen. Um die Einsatztrainings noch realitätsnäher durchzuführen, werden künftig Fahrzeuge im Außengelände eingesetzt. In naher Zukunft wird darüber hinaus auch ein Outdoor-Stellwandsystem errichtet, damit mehr Trainings – auch parallel – stattfinden können. Das erhöht noch einmal die Kapazität der Anlage, welche schon jetzt nahezu voll ausgelastet ist.

Ausbildung am DEIG

Das Trainingsobjekt Friedrichsthal von vorne (Bild oben)



Blick auf das großflächige Outdoor-Trainingsgelände mit Zugang zur Übungshalle (Bild unten)



Realitätsnahes lebEl-Training im Outdoor-Bereich



Alle Trainings aus einer Hand

Neben den regulären Trainings für Standardlagen und lebEl ist das Trainingsobjekt Friedrichsthal Ausbildungsort für das DEIG. Aufbauend auf dem theoretischen Unterricht können die Polizistinnen und Polizisten ebenso die bloße Androhung sowie den tatsächlichen Einsatz des Gerätes an einem Neoprenziel – inklusive medizinischer Nachversorgung – üben. Ebenso werden taktische Fragen angegangen: Was ist der geeignete Zeitpunkt für den Einsatz? Wie benutze ich es am wirkungsvollsten? Wie entferne ich nach der Schussabgabe die Pfeilspitzen sicher und sauber (sofern der Täter oder die Täterin keinen Einsatz des Rettungsdienstes wünscht)? Wie kann ich es einsetzen, wenn zwei mutmaßliche Täter vor mir stehen?

Die Einführungsphase des neuen Einsatzmittels soll für die Kolleginnen und Kollegen im Wach- und Wechseldienst sowie der Direktion besondere Dienste im Laufe des Jahres 2024 beendet sein. Parallel dazu finden bereits die jährlichen Re-Zertifizierungen statt.

Passgenaues Training durch Kooperationen

Um nah an den tatsächlichen Bedarfen der Aus- und Weiterbildung zu trainieren, steht die Leitung in engem Austausch mit den Hochschulfächern sowie Fachliche Spezialisierung (Bereich Weiterbildung). Bei den Trainings können auch individuelle Wünsche berücksichtigt werden. So werden neben den üblichen Angeboten auch spezielle Trainings für verschiedene Organisationseinheiten, wie Dienstgruppen, Revierpolizei, Kriminaldauerdienst, operative Fahndung oder Einsatzhundertschaft, umgesetzt. Der Gestaltung der Trainings sind nur wenige Grenzen gesetzt und genau das ist der Anspruch des Trainerteams. Nur ein gezieltes und regelmäßiges Training fördert die Handlungskompetenz und Sicherheit der Polizeibeamtinnen und -beamten und kann das Dienstunfallrisiko erheblich verringern. Eine erfolgreiche Festnahme und das Verhindern von Schlimmerem sollte immer das oberste Ziel sein. Der Wunsch des Bereiches Weiterbildung, die Fähig- und Fertigkeiten unserer Beamtinnen und Beamten weiter zu verbessern, trifft hier im Trainingsobjekt Friedrichsthal auf fruchtbaren Boden.

Juliane Strelow HPol

Zum Objekt

Friedrichsthal

Bei dem Objekt handelt es sich um ein 300 m² umfassendes, zweistöckiges Gebäude mit anliegender überdachter Halle und Freifläche von ca. 8000 m². Das Gelände ist von außen nicht einsehbar. Das Trainingsobjekt Friedrichsthal liegt im nördlichen Oranienburg und ist dem WBZ Nord zugeordnet. Geleitet wird es seit dem 1. Februar 2022 von Kathleen Wald, ebenso Leiterin des WBZ Nord.

Zur Person

Kathleen Wald

Seit Jahresbeginn 2022 leitet EPHK'in Kathleen Wald das WBZ Nord und damit auch das Trainingsobjekt Friedrichsthal. Gemeinsam mit ihren 18 Kollegen und Kolleginnen ist sie für die Organisation und Durchführung der Aus- und Weiterbildung im Speziellen für das IT-, Einsatz- und Schießtraining aller Polizeibeamtinnen und -beamten der Polizeidirektion Nord, der Hochschule, der 2. Einsatzhundertschaft und der Polizeiinspektion Havelland zuständig. Das Team ist über 4 Standorte verteilt: am Campus der HPol, in Friedrichsthal, Falkensee und Kyritz.



Einsatztraining lebEl – taktisches Element „Sprung“ (Bild oben)

Das Trainerteam in Friedrichsthal (v.l.n.r.): Steffen Klewer, Robert Pieper, Kanine Rogge, Thomas Schult, Sebastian Pfaffe, Raphael Brandt (Bild unten)

Gewahrsamstauglichkeit ärztlich beurteilen

Eine Person wird in Gewahrsam genommen und ist in einem alkoholisierten oder einem anderen die Gesundheit potentiell gefährdenden Zustand, steht unter einer unklaren Medikation oder Drogeneinfluss, gibt von sich aus Beschwerden an, weist Verletzungen auf oder äußert selbst verletzende oder suizidale Tendenzen. In solchen Fällen ist die Gewahrsamstauglichkeit zu überprüfen. Dies ist in Deutschland ärztliche Aufgabe.



Die Gewahrsamsordnungen der Länder (hier: Polizeigewahrsamsordnung für das Land Brandenburg – Runderlass des MIK – vom 05.04.1995) schreiben für diese Szenarien entsprechende Verhaltensregeln vor, wozu eine zeitnahe ärztliche Konsultation gehört. Bleibt die Frage: Wer ist ärztlicherseits zuständig, niedergelassene Ärzte, Not- oder doch Amts- oder Polizeiarzte? Und wie lassen sich Komplikationen oder Todesfälle im Gewahrsam vermeiden? Einheitlich definierte Kriterien für die Gewahrsamstauglichkeit existieren nicht, weshalb die nachfolgende Checkliste zur Entscheidungsfindung in den Revieren erstellt wurde.

Mehr zum Thema finden Sie auch im Wissensspeicher online: Rubrik „Einsatz & Medizin“

Erarbeitet:
 Med. Dir. Dr. med. Axel Berg
 FA Chirurgie
 FA Allgemeinmedizin
 ZB Chirotherapie
 ZB Palliativmedizin
 Polizeiarzt PD Ost

Feststellung der Gewahrsamstauglichkeit (GF)

Wer ist Ansprechpartner des Reviers?

- Rufplan (z. B. Frankfurt/O.)
- Rahmenvertrag (RD, ZNA, KÄND)
- Annexregelung nach Notarzteinsatz

RD = Rettungsdienst
 ZNA = Zentrale Notaufnahme
 KÄND = Kassenärztlicher Notdienst

Es muss sichergestellt sein, dass das jeweilige Revier einen solchen Rahmenvertrag auch abgeschlossen hat.

Annexregelung nach Notarzteinsatz = Anhangsregelung in einigen Bundesländern, der zufolge der versorgende Notarzt auch die GF bescheinigen muss (aber nicht in Brandenburg)

Gründe, den Arzt hinzuzuziehen

- siehe Polizeigewahrsamsordnung (GO) für das Land Brandenburg, hier Pkt. 2.2 und 2.3 (Punkte regeln die Gewahrsamstauglichkeit und die Aufnahme Betrunkener)
- Alkoholintoxikationen, nicht Alkoholisierung per se
- Entzugssyndrome: Alkohol, Medikamente, Drogen
- Beeinflussungen durch Medikamente und Drogen; Dauermedikation
- Traumata, vor allem bei Kopfverletzungen
- internistische Erkrankungen: meist Blutdruck, Diabetes mellitus
- psychische Erkrankungen nach PsychKG
- Epilepsie, seltene und infektiöse Erkrankungen
- lt.CPT: auf Verlangen des Delinquenten

Feststellung der Gewahrsamstauglichkeit

- gutachterliche Stellungnahme des Arztes i. A. eines Dritten, KEIN Arzt-Patienten-Verhältnis im haftungs- und berufsrechtlichen Sinne
- Ermittlung des konkreten psychophysischen Zustandes unter den Bedingungen vor Ort

- bei Fremdsprachlichkeit: Verständigung durch den kundigen Arzt, einen kundigen Beamten oder durch Sprachmittler
 - keine weiterführende Therapie, nur Nothilfepflicht
 - Befunddokumentation durch den Arzt (Formular)
 - Möglichkeiten:
 - uneingeschränkte GF
 - GF unter ärztlichen Maßgaben
 - Gewahrsamsunfähigkeit

Ärztliche Maßgaben

- Wiedervorstellung oder Ruf RD bei Verschlimmerung des Zustandsbildes
- Medikationsplan: Dauer- und Bedarfsmedikation
- ggf. engere Kontrollen als in der GO Pkt. 5.2
- ggf. Verkürzung der Gewahrsamsdauer
- Hinweise zur Nahrungs- und Flüssigkeitsaufnahme

Durchführung der Überwachung

- siehe GO Pkt. 5.2 (mindestens stündlich; in den ersten 2 Stunden viertelstündlich)
- bei Eigengefährdung: viertelstündlich, besser: permanente Überwachung (Videozelle, wenn vorhanden – keine Speicherung/Datenschutz)
- Überwachung durch Sichtkontrollen (Atemexkursionsbewegungen, Erbrochenes?) und Prüfung der Erweckbarkeit

Risikofaktoren bei Fixierung, DEIG und Pfefferspray

- Fixierung in Bauchlage unter Fesselung der Hand und Sprunggelenke; Seitenlage „besser“ – bei Fixierung Dauerüberwachung (s. o.)
- vorherige körperliche Belastung (Flucht, Gegenwehr)
- Einfluss von Medikamenten, Drogen, Alkohol
- Herz-Kreislauf- und Lungenerkrankungen
- Psychosen
- BMI > 30

Gewahrsamsunfähigkeit: Wann stationäre Abklärung erwägen?

- Bewusstseinsstörungen
- Intoxikationen (s. o.)
- Entzugssyndrome (s. o.)
- Kombination Intoxikation/Trauma (Kopf)
- Kombination Intoxikation/internistische Erkrankung
- psychische Erkrankung (PsychKG)
- akute Eigengefährdung (PsychKG)

Todesfall im Gewahrsam

- s. GO Pkt. 5.7
- rechtsmedizinische Empfehlung: Durchführung der Leichenschau lt. Brandenburgischem Bestattungsgesetz und Brandenburgischer Leichenschau-dokumentationsverordnung. Die Ausstellung des Totenscheins ist eine Handlung mit Rechtsfolgen. Einordnung als ungeklärte Todesart, Durchführung einer rechtsmedizinischen Leichenschau und rechtsmedizinischen Sektion ggf. mit virtueller (CT-)Sektion unter Präparation der Weichteile des Rückens und der Extremitäten sowie postmortalen toxikologischen Untersuchungen. Keine Vorverurteilung der polizeilichen Handlungen!



Zwischen Kompetenzen stärken und gesunder Schichtarbeit

Projektkommission Screening 2.0 legt Abschlussbericht vor

Screening 2.0? Was war das gleich und ist das nicht schon eine kleine Weile her? Das ist es. Mehr als eineinhalb Jahre nach Abschluss der zweiten Befragung, und übrigens auch knappe 14 Jahre nach der ersten Befragung dieser Art, beendet nun auch die dazugehörige Projektkommission ihre Arbeit. Das allein ist keine Nachricht, wohl aber, was aus den Antworten der befragten Bediensteten der Brandenburger Polizei zur Analyse psychischer Belastungen am Arbeitsplatz abgeleitet werden konnte.

Nach einer ersten Befragung im Jahr 2010 erfolgte eine vergleichende Analyse auf Initiativantrag des P-HPR. Das Projekt erhielt den Namen Screening 2.0 und wurde ganz praktisch im August und September 2021 durch ein Team der Universität Potsdam durchgeführt.

Analysiert wurden die psychische Arbeitsbelastung und -beanspruchung, psychosomatische Beschwerden der Beschäftigten, die Beurteilungen der Beschäftigten über die sozialen Beziehungen in den Teams und über das Führungsverhalten der Vorgesetzten. Aber auch die persönliche Bindung gegenüber der Organisation Polizei wurde ermittelt. In einem zweiten Fragebogenteil wurden Fragen zum Themenkomplex „Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz“ gestellt. Am Ende hatten insgesamt 34 % der zum Befragungszeitpunkt im Geschäftsbereich der Polizei Beschäftigten an der Befragung teilgenommen. Ab diesem Tag begann also die Auswertung der Ergebnisse.

Aus dem finalen Bericht der Universität Potsdam mit den Auswertungsergebnissen mussten nun mögliche Maßnahmen und Fragestellungen abgeleitet werden – eine Projektkommission unter Leitung des Referates 43 und unter Betei-

ligung von PP, P-HPR, GPR und den Gleichstellungsbeauftragten wurde gebildet.

Die Kommission tagte im achtwöchigen Rhythmus und arbeitete in mitunter durchaus hitzigen Debatten drei prioritäre Themenschwerpunkte heraus.

- Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz
- Kompetenzvermittlung an die Beschäftigten
- Arbeitszeitregelungen

Die Mitarbeitenden der Polizei wurden parallel in einem Mitarbeiterbrief über die Ergebnisse des Screenings informiert. Eine Managementfassung des 59-seitigen Berichts mit den wichtigsten Ergebnissen wurde im polizeilichen Intranet eingestellt.

An dieser Stelle wollen wir uns zunächst dem Themenfeld der Arbeitszeitregelungen widmen.

Der Abschlussbericht zum Screening 2.0 stellt fest, dass die Arbeitszeiten in der Polizei einen sich durch äußere Arbeitsbedingungen ergebenden Belastungsfaktor ausmachen. Dies beinhaltet die Schichtarbeit, das ggf. ständig erforderliche Tragen von Schutzausrüstung, die Arbeit „auf

Abruf“ und anfallende überlange Arbeitszeiten. Hinzu kommt die ständige Aufgabe adäquaten Handelns, das Risiko konfliktreicher Auseinandersetzungen und ständig wechselnde Einsatzorte.

Positiv im Bericht hervorgehoben wurde die Möglichkeit der Mitsprache bei der mittelfristigen Schichtplanung und bei der langfristigen Urlaubsplanung. Als mitunter problematisch wurden die Überstundenregelungen empfunden. Während die mittel- und langfristige Arbeitszeitplanung im Wesentlichen partizipativ erfolgt, ist auch von erheblichen Überstunden berichtet worden, die nur schwer auszugleichen sind.

Im Rahmen der getätigten arbeitswissenschaftlichen Schlussfolgerungen wird empfohlen, die optimale Gestaltung von Arbeitszeiten in den Mittelpunkt des Gesundheitsmanagements zu stellen. So gilt es als wissenschaftliche Erkenntnis, dass permanent unregelmäßige Arbeitszeiten während des Berufslebens zu gesundheitlichen Schäden bei den Betroffenen führen. Die flexible Praxis der Arbeitszeitregelungen unter Berücksichtigung der individuellen Lebensbedingungen soll beibehalten und bei veränderten Rahmenbedingungen weiterentwickelt werden.

Aber wo stehen wir überhaupt?

Im Rahmen des Gesundheitsmanagements stehen dem Polizeipräsidium, dem Zentraldienst der Polizei und der Hochschule der Polizei seit 2017 zweckgebundene Haushaltsmittel zur Umsetzung gesundheitsförderlicher Maßnahmen zur Verfügung. Auf Grundlage einer Dienstvereinbarung zwischen dem Ministerium für Inneres und Kommunales und dem Polizei-Haupt-

personalrat erfolgt die Zuweisung von Maßnahme-Geldern und die Bewilligung von Projekten zum Gesundheitsmanagement.

Während ein Projektschwerpunkt bei der Resilienz im polizeilichen Arbeitsleben, ein weiterer in der Bereitstellung von Wasserspendern liegt, haben die Dienststellen auch die Gesundheit im Schichtdienst aufgegriffen. Die Polizeidirektion Nord führt seit 2019 in verschiedenen Bereichen Workshops und Follow-Ups zum Thema „Extraschicht für die Gesundheit“ durch. Mit vermehrtem Fokus auf den Schichtdienst arbeitet die Polizeidirektion West seit 2020 mit einem Präventionskonzept „Pass auf dich auf“. Dem Ziel einer präventionsgerechten Stärkung des Gesund-

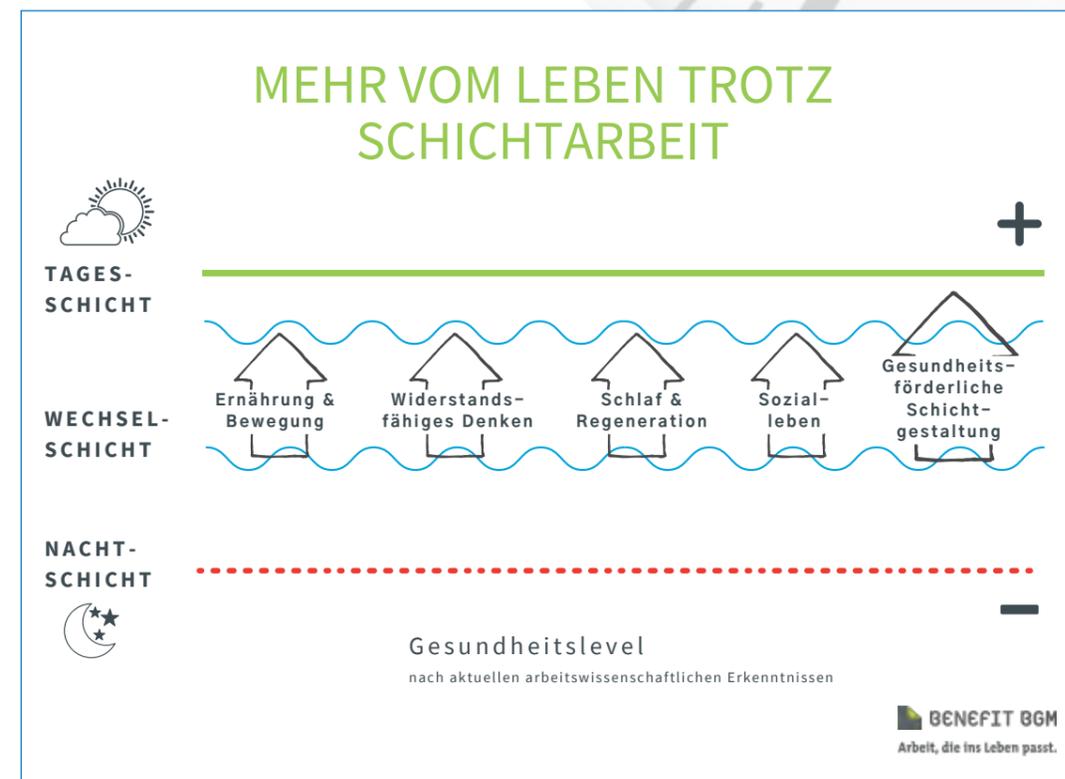
heitsbewusstseins und Aufzeigens von gesunden Verhaltensweisen für den Berufsalltag im Schichtdienst startet in diesem Jahr ein Projekt in der Polizeidirektion Ost.

Die umfangreiche Befassung und Resonanz in den Dienststellen macht einmal mehr deutlich, wie wichtig es ist sich mit dem Thema der besonderen arbeitszeitrechtlichen Herausforderungen in der Polizei zu befassen.

Ebenso wichtig ist es, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei, vor allem die Schichtdienstleistenden einzubeziehen und „mitzunehmen“. Aus diesem Gedanken ist innerhalb der Projektkommission zum Screening 2.0 die Idee eines Schichtdienstforums geboren. Durch den Polizei-Hauptpersonalrat wurde

dazu ein Konzeptpapier erstellt, von allen Beteiligten für gut befunden und durch das Referat 43 umgesetzt.

Am 15. Februar 2024 kamen Interessierte an der Hochschule der Polizei zusammen, um gemeinsam über die besonderen Herausforderungen und Erfordernisse des Wach- und Wechseldienstes zu sprechen. Zur professionellen Umsetzung konnte BENEFIT BGM gewonnen werden. Die Fachtagung startete mit einem Impulsvortrag zu Besonderheiten der Arbeit im Wach- und Wechselschichtdienst. Hier konnten bereits viele spannende Ansätze vermittelt werden. So wurde verdeutlicht, dass gerade in Schichtarbeit die bestehenden Verhältnisse in den Organisationen, wie Arbeitsbedingungen,



-inhalte, -abläufe und -strukturen dem persönlichen Verhalten gegenüberstehen. Einwirkungsmöglichkeiten bestehen bei eigenem gesundheitsförderndem Handeln in den Bereichen Ernährung und Bewegung, dem erforderlichen Maß an Resilienz, der Beachtung von Schlaf und Regeneration und einem gesunden sozialen Netz (siehe Abbildung Seite 27).

Versinnbildlicht wurde das Ganze mit dem Gesundheitskonto: mit herausforderndem Arbeiten im Schichtdienst wird das Gesundheitskonto regelmäßig in Anspruch genommen. Durch das eigene Handeln muss das Konto wieder aufgefüllt werden. Je älter man wird, desto mehr muss man einzahlen.

Arbeitgeberseitig besteht die Herausforderung einer gesundheitsförderlichen Schichtgestaltung. An diesem Punkt spannt sich das Gummiband zwischen dienstlichen Bedarfen und individuellen Bedürfnissen der Schichtdienstleistenden. In mehreren Workshops haben sich die Teilnehmer der Frage gewidmet, wie ein gesundes Arbeiten im Schichtdienst ausgestaltet werden kann. Diskutiert wurde über Handlungsspielräume, über Pool- und Schichtmodell, über die bestehenden Herausforderungen an die Schichtplaner und Ergebnisse von Mitarbeiterbefragungen zu Arbeitszeitmodellen.

Hinsichtlich der Brandenburger Polizei bestehen dem Grunde nach sehr flexible Arbeitszeitregelungen. Insbesondere vor dem Hintergrund der Dienstvereinbarung über die Einführung eines flexiblen Arbeitszeitmodells in der Polizei sind die Bereiche mit Schicht- und Wechselschichtdienst in der Ausgestaltung ihrer Arbeitszeitmodelle frei. Hier wird auch gerne zu Zwölf-Stunden-Diensten gegriffen. Obgleich diese aus gesundheitlichen (und arbeitszeitrechtlichen) Gründen die Ausnahme bilden müssen, sehen einige auch durchaus Vorteile in einer „kurzen“ Arbeitswoche.

Mit Beschluss durch die Screeningkommission sind unsere Arbeitszeitmodelle weiter zu betrachten.

GUT ZU WISSEN

Ausgewählte arbeitszeitrechtliche Vorgaben im Schichtdienst

Brandenburgische Arbeitszeitverordnung Polizei, Feuerwehr, Justizvollzug – BbgAZVPFJ) und Ausführungsbestimmungen

- Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 40 Stunden. In einem Bezugszeitraum von vier Monaten darf die durchschnittliche Arbeitszeit 48 Stunden einschließlich der Überstunden im Siebentageszeitraum nicht überschreiten
- Dabei sollen zwölf Stunden am Tag nicht überschritten werden.
- eine regelmäßige tägliche Arbeitszeit von mehr als acht Stunden sollte die Ausnahme bilden, eine regelmäßige Dienstverrichtung von mehr als zwölf Stunden ist grundsätzlich nicht vertretbar
- Beamte haben innerhalb von fünf Wochen Anspruch auf zwei dienstfreie Wochenenden
- Zwischen Dienstende und Dienstbeginn soll eine Ruhezeit von mindestens elf Stunden, in Ausnahmefällen von acht Stunden, liegen

Dienstvereinbarung (DV) über die Einführung eines flexiblen belastungsbezogenen Arbeitszeitmodells in der Polizei zwischen dem MIK und dem P-HPR und Ausführungsbestimmungen

- nach einer maximalen Schichtfolge von sechs aufeinander folgenden Diensten sind mindestens 48-Stunden Dienstfrei zu planen
- die maximale Anzahl aufeinander folgender Nachtschichten ist auf vier begrenzt
- ein auf Dauer angelegtes Arbeitszeitmodell aus durchgängigen Zwölf-Stunden-Schichten ist grundsätzlich unzulässig

Ziel ist es, auch hier weitere Erkenntnisse für eine möglichst gesunde Ausgestaltung von Arbeitszeitmodellen zu gewinnen. Daher soll im Polizeipräsidium in diesem Jahr eine Studie zu gesundheitlichen Auswirkungen der einzelnen Modelle durchgeführt werden. Dabei sollen mögliche unterschiedliche Einflüsse auf die Lebensqualität, psychische Symptom- und Krankheitslast, die Emotionsverarbeitung,

das Commitment und vor allem die Schlafqualität untersucht werden.

Daraus gewonnene Erkenntnisse sollen in die Weiterentwicklung der unserer Arbeitszeitmodelle fließen.

Das Thema Arbeitszeit wird uns immer begleiten und wir bleiben am Ball!

Bleiben Sie gesund!

Ihre Projektkommission zum Screening 2.0



EINFLUSSREICHE GRENZE

Durch die Nähe zu Polen haben das Polizeirevier Frankfurt (Oder) und die Polizeidirektion Ost ein spezielles Einsatzgeschehen, für das mit den gemeinsamen Fahndungsgruppen ein in Brandenburg einzigartiges Instrument zur Verfügung steht.

Die Lage macht das Polizeirevier Frankfurt (Oder) gleich in doppelter Hinsicht zu einer Besonderheit. Zum einen liegt der Standort, genau wie die Polizeidirektion Ost, ganz in der Nähe zur polnischen Grenze. Zum anderen stehen die Gebäude auf dem historisch bedeutsamen Gelände der ehemaligen Hornkaserne. Letzteres beeinflusst die Arbeit der gut 400 Polizistinnen und



Das Polizeirevier Frankfurt (Oder) befindet sich auf dem Gelände der ehemaligen Hornkaserne in der Nuhenstraße.

Polizisten (nicht mitgezählt sind dabei die 4. Einsatzhundertschaft) dabei weit weniger als das erstere. „Man beschäftigt sich relativ wenig mit der Geschichte, es ist Alltag“, sagt Jörg Humboldt, der stellvertretende Direktionsleiter, über die ehemalige sowjetische Kaserne, die in der Nachkriegszeit das Entlassungslager für mindestens 1,5 Millionen deutsche Kriegsgefangene aus der Sowjetunion war.

Die Nähe zu Polen ist im Polizeialltag hingegen ständig präsent, „wir sind schon von dieser Grenzlage und dem, was es an Wirkung gibt, beeinflusst“, sagt Humboldt. 182 der 252 Kilometer langen Brandenburger Grenze zu Polen liegt in der PD Ost. „Wir haben im Frankfurter Revier einen relativ hohen Anteil ausländischer Tatverdächtiger, weil

es natürlich kurze Wege sind“, sagt Andreas Westphal, der stellvertretende Revierleiter. „Autos werden geklaut, aber auch Teile von Autos wie Katalysatoren, Airbags und Navigationsgeräte – das geht unwahrscheinlich schnell heutzutage“ sagt er. Rund die Hälfte der Tatverdächtigen in der PD Ost war 2023 nichtdeutsch, im Frankfurter Revier lag die Zahl noch höher. Allerdings waren ein Großteil der Fälle Verstöße gegen das Ausländer- und Asylverfahrensgesetz.

Westphal kennt das Revier aus dem Effeff, begann 1987 seine Laufbahn bei der Polizei, für ihn ist das ehemalige Kasernengelände der dritte Revierstandort, ein halbes Jahr war er zudem in Eisenhüttenstadt. Zu DDR-Zeiten war das Revier in der Gubener Mauerstraße, mit der Wiedervereinigung zog es in

die Straße Halbe Stadt. 2015 folgte schließlich der Umzug auf das frühere Kasernengelände. „Natürlich gab es Diskussionen, dass die Polizei nicht mehr im Stadtzentrum ist. Aber Frankfurt ist auch nicht so groß und in zwei, drei Minuten ist man in der Innenstadt. Aus Sicht des Polizisten wollten viele nicht unbedingt weg aus dem Zentrum. Jetzt ist man nahe bei der Direktion, da wird einem laufend auf die Finger geschaut“, sagt Westphal mit einem Schmunzeln zu Humboldt, beide kennen sich schon fast ihr gesamtes Berufsleben.

Eine gute Zusammenarbeit gab es bis vor ein paar Jahren auch mit den polnischen Kolleginnen und Kollegen, gemeinsame Streifen gehörten zum Stadtbild. „Mal sind sie in Slubice, mal in Frankfurt Steife gefahren, das war schon förderlich,



REVIERGECHICHTEN

Unscheinbar, still und kein Gewese: Polizeigebäude sind oftmals kein Sinnbild von Redseligkeit. Doch welche Reviergeschichten sich hinter den dicken Mauern verbergen, erzählt die info110 in ihrer Serie. Diesmal: Frankfurt (Oder).

weil man die Leute kannte und dadurch kurze Wege hatte. Das hat sich in den vergangenen Jahren gewandelt“, sagt Westphal. Humboldt äußert die Hoffnung, dass sich nach dem Regierungswechsel in Polen die Zusammenarbeit wieder verstärkt. „Unser Wille ist da und erste Kontakte sind geknüpft. Wir wollen wieder zu den persönlichen Kontakten kommen, wie sie einmal waren“, erklärt Humboldt.

Aufgrund der Grenzlage hat sich aber auch noch eine andere Zusammenarbeit etabliert, die der gemeinsamen Fahndungsgruppen, welche es in keiner anderen Brandenburger Direktion gibt. „In Oder-Spree haben wir gemeinsam mit der Bundespolizei eine Fahndungsgruppe, die sich vorwiegend um grenzüberschreitende Kriminalität kümmern“, sagt Humboldt, gleiches gebe es auch in Märkisch-Oderland und in der Uckermark. In letzterer Fahndungsgruppe ist auch noch der Zoll dabei. „Polizeilich gesehen ist das hervorragend, weil das zeigt, dass man als Straftäter nicht ungehindert agieren kann und es durch die Aufgriffe – vorrangig Diebe oder Hehler von Autos – Signale in die Szene gibt. Auf der anderen Seite

haben wir dadurch natürlich wie keine andere Direktion einen hohen Arbeitsaufwand.“

Zudem berge diese Tätigkeit ein höheres Gefahrenpotenzial für die Polizistinnen und Polizisten, beispielsweise beim Anhalten von Autos. „Mit der Grenze unmittelbar vor der Nase kommt schon der ein

Andreas Westphal ist stellvertretender Revierleiter.



Voraussetzungen für Polizeiliche Nacheile

Die grenzüberschreitende Nacheile ist möglich, wenn:

- eine auslieferungsfähige Straftat verfolgt wird (Alt. 1) oder die verfolgte Person aus einer Untersuchungs- oder Strafhaft geflohen ist (Alt. 2)
- der Verfolgte auf frischer Tat bei der Begehung oder Teilnahme an dieser Straftat (Alt. 1) betroffen wird
- die zuständige Behörde wegen besonderer Dringlichkeit zuvor nicht unterrichtet werden kann bzw. trotz Unterrichtung die Verfolgung nicht rechtzeitig selbst übernehmen kann, die Kontaktaufnahme zur zuständigen Behörde jedoch spätestens bei Grenzübertritt erfolgt
- die Beamten – mindestens zwei Beamte müssen gemeinsam nach-eilen – zur grenzüberschreitenden Nacheile berechtigt sind und
- die nacheilenden Beamten als solche erkennbar und zu jeder Zeit in der Lage sind, ihre amtliche Funktion nachzuweisen

Eine ausführliche Erklärung der polizeilichen Nacheile nach Polen finden Sie im auf der Intranet-Seite des Polizeipräsidiums, Unter-rubrik Einsatz, „Zusammenarbeit mit Polen – Grenzüberschreitende Nacheile“

oder andere Täter auf die Idee, nach Polen zu flüchten“, sagt Humboldt. „Ich glaube, das korrespondiert auch mit der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, mit dem immer geringer werdenden Respekt vor staatlicher Gewalt und Polizei, gepaart mit der zunehmenden Gewalt auch im kriminellen Milieu. Dazu stehen auch viele unter dem Einfluss von Betäubungsmitteln, das ist alles eine kritische Gemengelage.“ Wenn Täter gefasst sind, kann es sein, dass sie im größten Gewahrsam der Direktion in Frankfurt landen, zwölf Zellen – davon eine Gemeinschaftszelle – stehen zur Verfügung, im Jahr sind rund 600 Personen dort, im Monat zwischen 40 und 50, „im Sommer häufiger auch mehr“, sagt der stellvertretende Revierleiter Andreas Westphal.

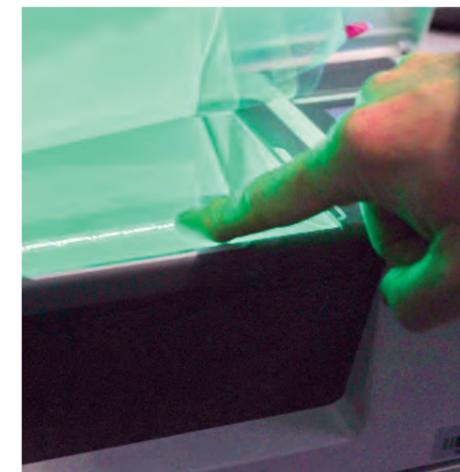
Im Wach- und Wechseldienst sind 50 Kolleginnen und Kollegen in fünf Schichten eingeteilt, dazu kommen acht Revierpolizistinnen und -polizisten. Eine Eigenheit ist dabei, dass der Sitz der Inspektion nicht auch in Frankfurt ist, sondern in Fürstenwalde. Für die Direktion arbeiten in Frankfurt rund 240 Menschen, in der ganzen Direktion sind es 1450 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die für die Sicherheit von rund 745.000 Menschen zuständig sind. Ein Einsatzschwerpunkt der Direktion ist die Bundesautobahn 12, „egal an welcher Stelle gerade die Baustelle ist“, sagt Humboldt. „Im letzten Jahr hatten wir einen schweren Busunfall, wo wir relativ knapp an einer Katastrophe vorbeigeschrammt sind. Die A12 ist ein ganz großes Problem, in die wir sehr viel Energie stecken müssen“, sagt er über eine der staubelastetsten Autobahnen Deutschlands.

Stephan Henke



2015 zog das Revier auf die Liegenschaft, auf der vorher schon die Direktion untergebracht war.

Das Revier ist auch mit einem Fingerabdruckscanner ausgestattet.



Mit zwölf Zellen, davon eine Gemeinschaftszelle, hat Frankfurt den größten Gewahrsam der PD Ost.



ADRESSE Nuhenstraße 40, 15234 Frankfurt (Oder)

BAUJAHR DES GEBÄUDES Richtfest März 1936

SEIT WANN VON DER POLIZEI GENUTZT 1996

GRÖSSE DER LIEGENSCHAFT 60.780 m²

ZAHL DER BÜROS 263

ZAHL DER POLIZISTINNEN/POLIZISTEN ca. 400 (plus 4. Einsatzhundertschaft)

VORHERIGE NUTZUNGEN Kaserne der Wehrmacht (1936–1945), Entlassungslager (1945–1950), Kaserne der Sowjetischen Armee (1950–1994)

Quelle: BLB

Auf dem ehemaligen Kasernengelände sind diverse Polizei-Institutionen untergebracht.

Mehr zu den Reviergeschichten erfahren Sie hier:



SCAN ME

» FÜR DIESE MENSCHEN GING HIER DER 2. WELTKRIEG ZU ENDE «

Das Gelände der heutigen Polizeidirektion Ost hat eine bewegte Geschichte und spielte die zentrale Rolle für mindestens 1,5 Millionen Rückkehrer aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft



Dr. Karl-Konrad Tschäpe forscht seit Jahren zu den Kriegsheimkehrern und ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Museum Viadrina.

Wenn man das Gelände der Polizeidirektion Ost betritt, wird man unweigerlich an die bewegte Geschichte dieses Ortes erinnert. Linkerhand ragt eine große Metall-Stele in die Höhe, „Unser Mahnmal für den Frieden“ steht groß darauf geschrieben, darunter „Heimkehrerlager Frankfurt/Oder, Gronenfelde – Hornkaserne, 1945 – 1950“. Doch nicht nur die Stehle, sondern auch eine Dauerausstellung in Haus 5 erinnert an das, was nach Ende des 2. Weltkrieges auf dem Kasernengelände passiert ist.

Nach Jahren der Gefangenschaft in Sowjetlagern kamen in das zuvor ab 1936 von der Beobachtungsabteilung 3 der Wehrmacht genutzte Areal zwischen 1945 und 1950 mindestens 1,5 Millionen Menschen nach Deutschland zurück. „Die

Leute wurden hier noch einmal überprüft, sind sie vielleicht doch Kriegsverbrecher gewesen? Sind sie transportfähig? Wenn alles gut ging, verließen sie dieses Lager mit einem kleinen Entlassungsschein als freie Menschen. Für diese Menschen ging hier der 2. Weltkrieg zu Ende. Bis zu diesem Moment waren sie noch Wehrmachtsangehörige und trugen teilweise noch die Uniformen“, erzählt Dr. Karl-Konrad Tschäpe von der zentralen Rolle des Ortes in der Nachkriegszeit.

Tschäpe ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Museums Viadrina, betreut die Ausstellung, forscht seit vielen Jahren zu diesem Thema und hat auch mit einigen Zeitzeugen gesprochen. „Die Rückkehrer haben den Krieg und die Lagerhaft überlebt, sodass viele sagten, das ist mein zweiter Geburtstag, als sie hier entlassen wurden“, erzählt er. Zu dieser Zeit standen zahlreiche Baracken auf dem Gelände, zwischen 1500 und 6000 Rückkehrer wurden täglich per Zug aus den Lagern im Osten nach Frankfurt transportiert. „Die kranksten und kaputtesten menschlichen Wracks kamen hier an“, sagt Tschäpe. Denn bis 1948 wurden die deutschen Kriegsgefangenen nur dann nach Hause geschickt, wenn sie nicht mehr in der Lage waren, die schweren körperlichen Arbeiten bei Großbauprojekten, in Bergwerken oder beim Schienen entladen zu leisten.

Frankfurt selbst war vom Krieg zerstört, „es starben tausende an Hunger und Seuchen, es war eine dramatische Situation“, sagt Tschäpe. In den provisorisch eingerich-

teten Krankenhäusern herrschten katastrophale Zustände, „eine Krankenschwester hat mir von Wolken von Flöhen erzählt, in denen die Kranken lagen“. Ein Pfarrer hat in bewegenden Worten aufgeschrieben, was Krankenschwestern ihm über die auch für sie lebensgefährliche Arbeit und den Zustand der Rückkehrer berichtet hatten. „Manche waren so erschöpft, dass sie nicht mehr zu sprechen oder zu essen vermochten. Sie lagen kalt und schon in einer Art Totenstarre, obwohl der Atem noch feststellbar war. So erloschen die Lebenslichter, es dauert manchmal drei bis vier Tage. Todeskämpfe kennt die Mittelschule nicht, zum Kampf fehlte jede Kraft“, heißt es beispielsweise in einem Text über das Lazarett in der damaligen Mittelschule, dem heutigen Stadtarchiv.

Wer transportfähig war und entlassen wurde, lief die rund drei Kilometer vom Kasernengelände zum Heimkehrerlager Gronenfelde. Während das Kasernengelände unter sowjetischer Kontrolle hinter Stacheldraht lag, war Gronenfelde ein offenes Lager unter deutscher Verwaltung. „Die Leute hatten keine Ausweise, nichts mehr, es waren Leute ohne Identität. Dieses Lager registrierte die Kriegsgefangenen auf deutscher Seite“, erzählt Tschäpe. Anschließend werden die Überlebenden in den nächsten Baracken untergebracht, die den Namen ihrer Ziel-„Bundesländer“ trugen, in die sie später per Zug gebracht wurden.

Doch trotz der überragenden Bedeutung Frankfurts für die Heim-

kehrer, spielt der Ort in der Geschichtsschreibung kaum eine Rolle. „Sie können sich fast jede beliebige Kriegsgefangenenendokumentation ansehen, Frankfurt (Oder) taucht da niemals auf, das ist schon wirklich krass und man muss sich fragen, warum das so ist. Eine richtig plausible Erklärung haben wir nicht. In der DDR war das Thema tabuisiert und wir haben wenig Bildmaterial. Aber Bilder strukturieren eben unser Denken. Es gibt offenbar auch

ein Bedürfnis nach dem Adenauer-Mythos“, sagt Tschäpe. Im September 1955 war der damalige Bundeskanzler nach Moskau gereist, um über die Rückkehr der letzten Kriegsgefangenen zu verhandeln, die Glocke des Grenzdurchgangslagers Friedland (Niedersachsen) symbolisierte die Heimkehr und war laut Tschäpe auch deshalb in der öffentlichen Wahrnehmung viel präsenter Frankfurt. Nach 1950 wurde das Gelände in Frankfurt als



Entlassung von Kriegsgefangenen aus der Hornkaserne 1948.



Das Mahnmal des Verbands der Heimkehrer auf dem heutigen Gelände der Frankfurter Polizei.

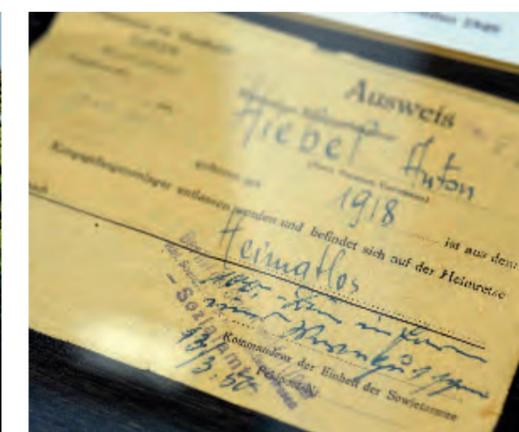
sowjetische Kaserne genutzt, nach dem Abzug der Streitkräfte 1994 und der Sanierung der fünf Kasernenblöcke übernahm am 30. April 1996 schließlich die Brandenburger Polizei das Gelände.

Um dem bedeutenden Anteil Frankfurts in der Geschichte der Rückkehrer weiter einen angemessenen Platz zu bieten, plant das Museum Viadrina in absehbarer Zeit den Umzug der Ausstellung in einen Anbau der Gedenkstätte. Denn zugänglich ist sie aktuell auf dem Polizeigelände nur auf Anfrage. Teilweise würden auch Nachfahren von ehemaligen Kriegsgefangenen klingeln, um sich die Ausstellung anzusehen und die Geschichte ihrer Verwandten nachzuvollziehen, berichtet Pressesprecher Till-Justus Hille. Dann laufen sie auch an der Stele am Eingang des Polizeigeländes vorbei, auf der außerdem steht: „Wir Heimkehrer mahnen! Völker entsagt dem Hass – versöhnt euch! Dient dem Frieden in Freiheit – baut Brücken zueinander!“

Stephan Henke

Jeder Heimkehrer bekam einen Ausweis, der seine Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft bestätigte. (Bild oben)

Das Gelände der ehemaligen Hornkaserne war der zentrale Ort für die Heimkehrer aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft. (Bild unten)





Schnell und einfach kommunizieren: Messengerdienste sind für viele aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken. Nun wird auch im Dienst die Kommunikation via Messenger möglich.

67,6

MILLIONEN Deutsche besaßen 2022 ein Smartphone, Tendenz steigend. Als digitaler Alleskönner ist das Handy inzwischen Kalender, Notizblock, Fotoalbum, Telefon und mobiler Arbeitsplatz in einem. Durch die rasante Verbreitung von Smartphones und die Nutzung des mobilen Internets etablierten sich Messengerdienste in Deutschland in ähnlich beeindruckender Geschwindigkeit wie die Anzahl der in Deutschland genutzten Smartphones.

88 % der deutschen Bevölkerung ab 16 Jahren kommunizieren regelmäßig über Messengerdienste

Eine Verbraucherbefragung der Bundesnetzagentur zeigt, dass aktuell 88 % der deutschen Bevölkerung ab 16 Jahren regelmäßig über Mes-

sengerdienste kommunizieren. War der Funktionsumfang dieser Dienste zu Beginn noch auf den Austausch von Textnachrichten begrenzt, sind heute unzählige weitere Funktionen wie (Video-)Telefonie, das Versenden von Sprach- und Bildmitteilungen, Gruppenchats, Umfragen mit Ab-

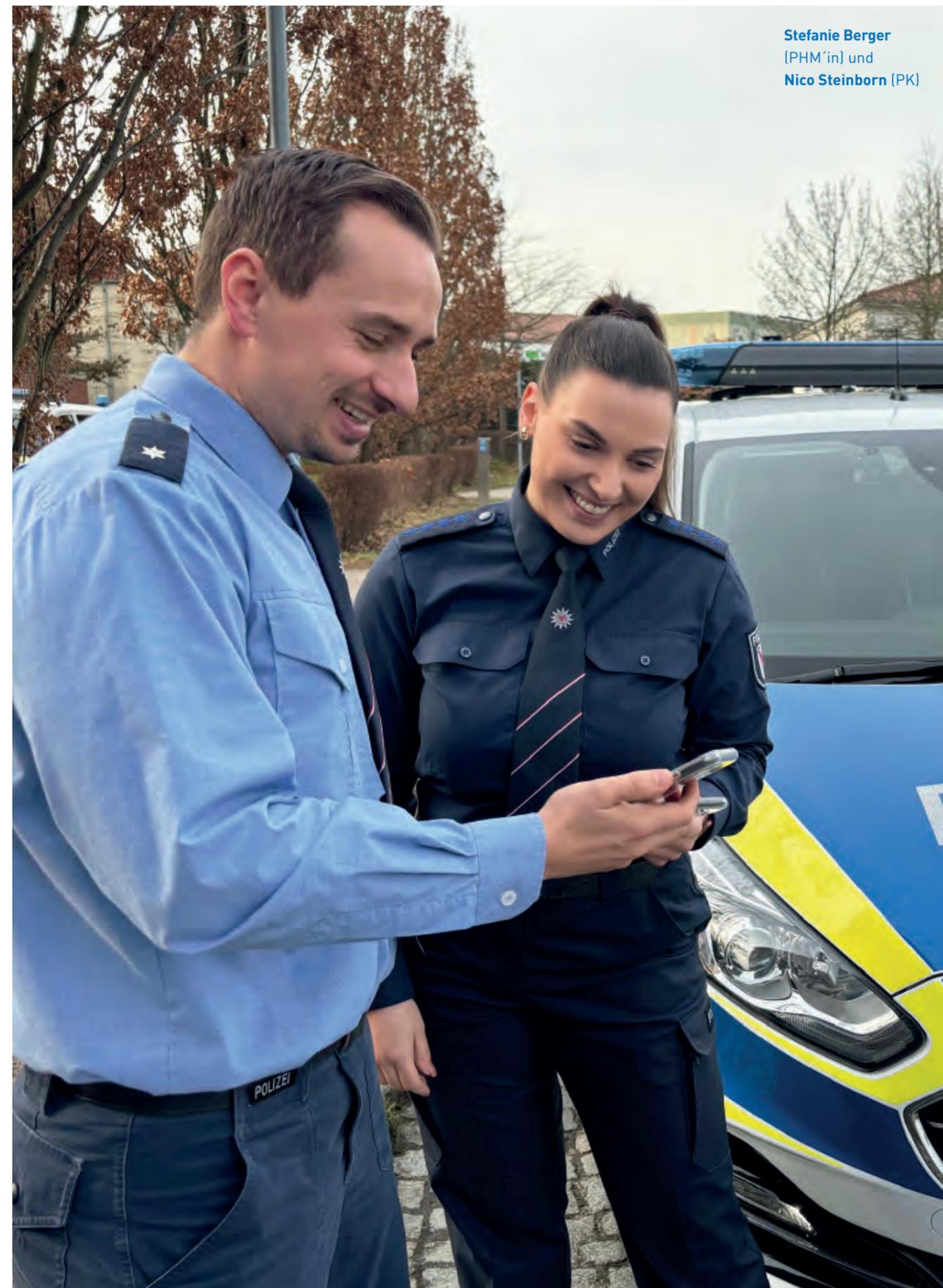
stimmungsoption und mehr hinzugekommen. Die Verbraucherbefragung der Bundesnetzagentur ergab, dass unter den deutschen Nutzern die Messengerdienste WhatsApp (93 %), Facebook Messenger (39 %) und Instagram Direct Messages (25 %) am weitesten verbreitet sind. Messengerdienste haben die Telekommunikationsnutzung nachhaltig verändert.

Soweit die Realität im Lebensalltag vieler. Dem gegenüber stand lange Zeit die Tatsache, dass an eine dienstliche Messenger-Nutzung – etwa im polizeilichen Betrieb – aus guten Gründen deutlich größere Anforderungen gestellt werden müssen. Das Thema Datenschutz ist bereits bei den oben genannten Diensten für viele Privatpersonen ein Reizthema und häufig Gegenstand juristischer Befassung.

Wo stehen die Server? Was passiert mit geposteten Bildern? Wer kann die Daten möglicherweise abgreifen...?

Wo stehen die Server? Was passiert mit geposteten Bildern? Wer kann die Daten möglicherweise abgreifen...? Eine 1:1-Übernahme von beispielsweise WhatsApp für den Polizeidienst wäre sicher für viele Kolleginnen und Kollegen wünschenswert gewesen, aber die Datenschutzregelungen bekannter Dienste widersprechen einer Nutzung im Polizeikontext. Aus eben diesem Grund ist die Nutzung von WhatsApp und Co in dienstlichem Zusammenhang untersagt. Schade eigentlich. Ein „komme über Draht“ scheint inzwischen doch sehr aus der Zeit gefallen und wird den Erfordernissen moderner Kommunikation schon lange nicht mehr gerecht.

Um dem – ohne Frage nachvollziehbaren – Bedürfnis der Messenger-Nutzung im Dienst gerecht werden zu können, wurde nun im Rahmen des Programms Polizei 20/20 durch die Polizei des Landes Brandenburg ein Messengerdienst für mobile Endgeräte und stationäre PCs als Desktopvariante erprobt. Die – auf einem so genannten Matrixprotokoll basierende – App heißt ELEMENT und soll dank bundes-



Stefanie Berger (PHM'in) und Nico Steinborn (PK)



einheitlicher Standards auch die länderübergreifende Kommunikation sicherstellen.

Die ELEMENT-App auf dienstlichen iPhones und Tablets soll noch im 1. Quartal 2024 starten. Zuvor wurde die Anwendung jedoch auf Herz und Nieren in der Polizeiinspektion OPR der Polizeidirektion Nord getestet. Ein Projektteam aus unterschiedlichen Bereichen der Polizeidirektion machte sich Ende 2022 ans Werk. Jirko Lehmann, Leiter des Projektes, Romy Blum und Ursula Lübchow in der Pro-

„ELEMENT“ soll dank bundeseinheitlicher Standards auch die länderübergreifende Kommunikation sicherstellen.

jektsteuerung und -koordinierung (PMO) sowie weitere Bedienstete nahmen sich nun ganz neuen Aufgabenfeldern wie IT-Support, Softwarehandling und Technikanforderung an. So manchen Fallstrick hat

das Projektteam den vergangenen Monaten parallel zum Dienstgeschäft bewältigen müssen.

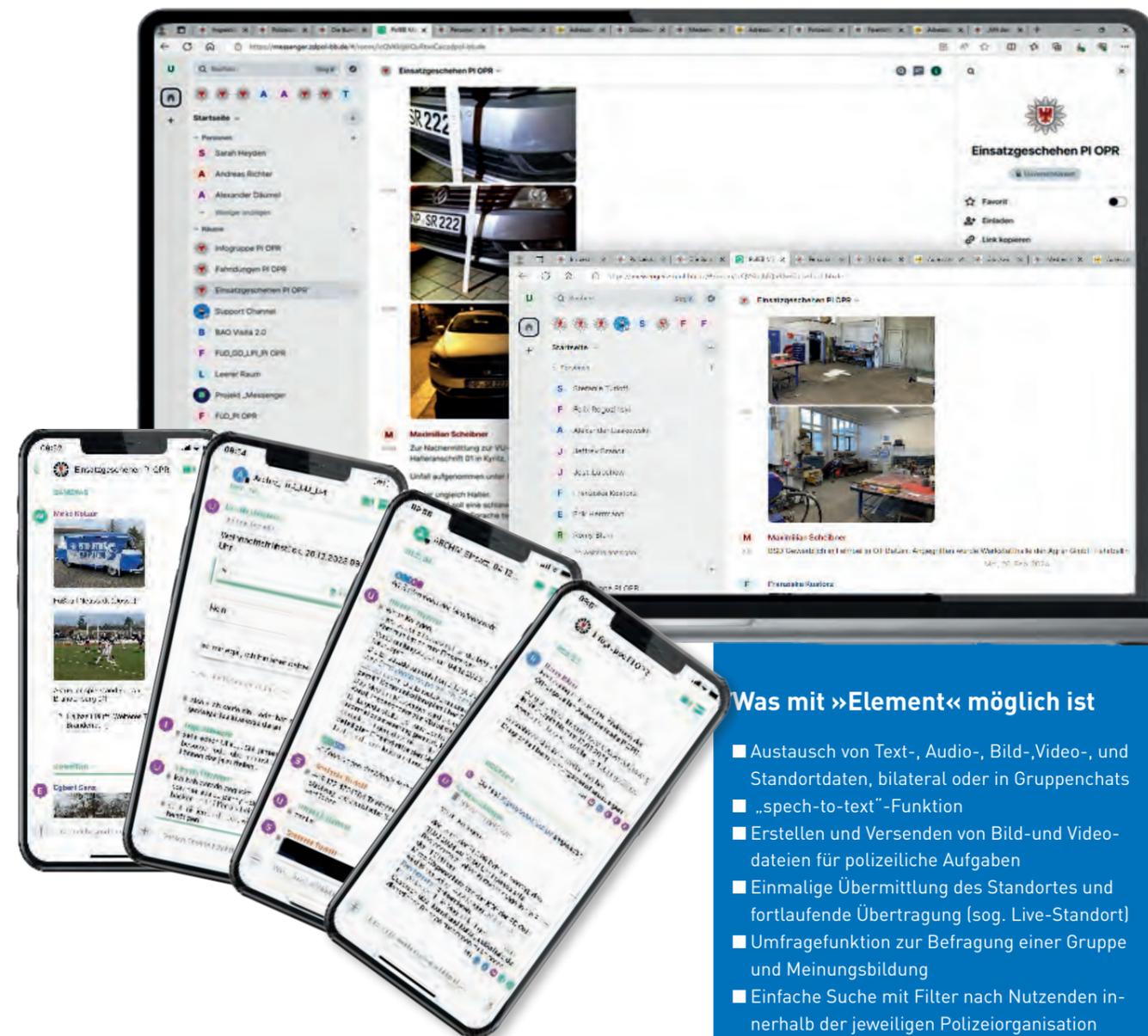
Geeint und ganz offenbar auch motiviert hat sie aber der Wunsch, Kolleginnen und Kollegen im ganzen Land einen Messengerdienst „anzubieten“, der intuitiv nutzbar, funktional und dennoch (daten)sicher ist. Gemeinsam mit den Mitarbeitenden der PI OPR wurde ein Messenger getestet. „Anfangs gab es schlicht nicht das richtige Produkt“, sagt Ursula Lübchow. Auch deshalb geht der Messenger im Echtbetrieb, zumindest für die PI OPR, erst ein Jahr später als geplant an den Start. Die Test-App sollte zu Beginn ausschließlich von Revierpolizistinnen und Polizisten genutzt und bewertet werden. Durch die Vorarbeit des Teams war das Angebot nun aber fast maßgeschneidert und rief schnell weitere Interessenten auf den Plan. Für einen Test auf Herz und Nieren genau das Richtige, entschied das Projektteam. Das hieß allerdings auch, fast 190 Berechtigungen händisch ins System einpflegen, Schulungen durchführen, Handouts erstellen und eben auch Akzeptanz schaffen.

Obwohl die PI OPR mit einem Durchschnittsalter der Bediensteten von knapp 39 Jahren eine recht junge PI ist und der intuitive Umgang mit Messengern angenommen werden kann, war gerade das Anmelde-Prozedere eine Herausforderung. „Dass die Erwartungshaltung eine andere ist, war uns bewusst. Wir versuchen hierfür Verständnis zu schaffen, melden dem App-Entwickler aber auch zurück, wenn Funktionalitäten untauglich sind. Es soll ein gutes und handhabbares Produkt entstehen, nur dann wird es am Ende auch genutzt“, meint Romy Blum, Leiterin des Führungs- und Revierdienstes der PI OPR.

„ELEMENT, so wie es an den Start gehen wird, kann eine Menge und wird den Arbeitsalltag unserer Kolleginnen und Kollegen sehr erleichtern“, sagt Projektleiter Jirko Lehmann und berichtet von einem Fall, bei dem kürzlich nach einem jungen Mann gefahndet wurde. Der gesuchte Frank H. war aus einer medizinischen Einrichtung ver-

Binnen Sekunden konnte ein Foto des Mannes an alle Einsatzkräfte im Umfeld übersandt werden. Ein Quantensprung zur bisherigen Praxis.

schwunden und auf Medikamente angewiesen. Binnen Sekunden konnte ein Foto des Mannes an alle Einsatzkräfte im Umfeld übersandt werden. Ein Quantensprung zur bisherigen Praxis. Nötig ist dafür die Einrichtung verschiedener Chatgruppen. In der Testphase wurden einige dieser Gruppen vorinstalliert.



Was mit »Element« möglich ist

- Austausch von Text-, Audio-, Bild-, Video-, und Standortdaten, bilateral oder in Gruppenchats
- „speech-to-text“-Funktion
- Erstellen und Versenden von Bild- und Videodateien für polizeiliche Aufgaben
- Einmalige Übermittlung des Standortes und fortlaufende Übertragung (sog. Live-Standort)
- Umfragefunktion zur Befragung einer Gruppe und Meinungsbildung
- Einfache Suche mit Filter nach Nutzenden innerhalb der jeweiligen Polizeiorganisation
- Automatische Suche nach Stichwörtern
- Kommunikation zu Dienstplanung, Aus- und Fortbildung und anderen organisatorischen Themen
- Alltagskommunikation während des Dienstes, z.B. die Essensbestellung
- Fahndungsinformationen (auch in statischer Gruppe) können bereitgestellt werden
- Dienstliche Kommunikation, also Unterhaltungen mit dienstlichem Bezug, die keinem Einsatzgeschehen zugeordnet werden kann (z. B. zwischen Kriminalpolizei und Verwaltung)
- Direkte Kommunikation zwischen zwei Nutzern oder in frei wählbarer Gruppe (wie bei bekannten Messenger-Diensten) und in zentral bereitgestellter Gruppe (z.B. Polizeidirektion, Inspektion oder Revierstandort)

„Während der BAO Karawane schickten Einsatzkräfte Bilder der Traktoren-Schlangen. So konnten wir die Verkehrslage deutlich besser beurteilen“, erläutert Jirko Lehmann. „Aber natürlich kann ELEMENT auch zur Abstimmung des Teamtages oder zur Verabredung von Dienstsport genutzt werden. Wenn wir es richtig machen, können unsere Kolleginnen und Kollegen ihr privates Handy im Dienst getrost bei Seite legen, weil ihr Dienst- iPhone alle Funktionen bereithält“, meint er. Auch das Einsatz- und Lagezentrum kann sich zuschalten. In den vorinstallierten Gruppen ist die Einsatzleitstelle bereits mit entsprechenden Accounts hinterlegt. Schaltet sich das ELZ zu, ist dies

in den Chats sichtbar und nicht nur für die genaue Standortangabe ein Segen. Eher als Beifang, aber dennoch wichtig, bietet der Austausch über den Messenger auch eine sehr schöne Option: Der Abschluss eines Falls, eingeleitete Maßnahmen und im besten Fall ein guter Ausgang, können via Chat an alle beteiligten Kräfte kommuniziert werden. „Frank H. wurde wohlbehalten aufgefunden, jetzt zurück in der Klinik“, ist die letzte Meldung im „Fahndungschat“. Und so könnte ELEMENT vielleicht mehr sein, als ein weiterer Schritt in Richtung moderner Arbeitsplatz. Für den Polizeiberuf ein echter Mehrwert!

Katrin Böhme

SKE Neue und alte Herausforderungen bewältigen

Der Bereich Weiterbildung an der Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg (HPol) hält ein besonderes Trainerteam für die Bewältigung polizeilicher und zwischenmenschlicher Herausforderungen bereit. Das Team Sozialkompetenzentwicklung, kurz SKE, stellt in dieser und den kommenden Ausgaben seinen Bereich vor.

SKE in aller Kürze

Was haben eine Polizistin, ein Psychologe, ein Kaufmann und eine Sozialarbeiterin gemeinsam?

Sie stehen den Brandenburger Polizistinnen und Polizisten mit 14 weiteren Kolleginnen und Kollegen im Bereich Sozialkompetenzentwicklung zur Seite, um die persönliche Weiterentwicklung zu fördern.

Dieser besondere Weiterbildungsbereich der HPol, mit einer sehr breit gestreuten Expertise, unterstützt die Polizei Brandenburg bei

der Bewältigung ihrer Herausforderungen im zwischenmenschlichen und persönlichen Bereich. Ziel dabei ist es, unterschiedliche Perspektiven zu ermöglichen.

Deeskalation, Führungsverhalten, Stärkung von Resilienz – passgenaue und vielfältige Expertise

Im Einsatz treffen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten (PVB) häufig auf Menschen in Ausnahme-

situationen. Allein der Kontakt zur Polizei kann bei einigen Bürgerinnen oder Bürgern Stress auslösen. Hier ist Deeskalation gefragt – eine Taktik, die fester Bestandteil der Polizeiausbildung und des Polizeistudiums ist. Diese Fertigkeiten gilt es auch in der Weiterbildung lebenslang zu stärken. Neben der Beherrschung der klassischen Einsatzmittel ist es ebenso essenziell, das Repertoire der Sozialkompetenzen in jeder Situation abrufbar zu haben.

Auf Seiten der PVB wiederum können unklare Einsatzszenarien Stress verursachen. Sowohl der Umgang mit diesem Stress als auch die Stärkung der inneren Resilienz, sprich der Widerstandsfähigkeit im Umgang mit solchen Erlebnissen, gehören zum Spektrum der SKE.

Im internen Zusammenspiel von Teams innerhalb großer Organisationen ergeben sich grundsätzlich Reibungspunkte, die eine effektive Zusammenarbeit behindern können. Das Team von SKE hilft dabei herauszufinden, wie unterschiedliche Menschen unterschiedliche Herangehensweisen im Führen bedürfen. Hier dienen die Trainerrinnen und Trainer vor allem als Impulsgeber und Reflexionsfläche für das eigene Verhalten. Reibungsverluste im zwischenmenschlichen Miteinander werden dadurch minimiert, wodurch der Spaß an der Arbeit und die Teamleistung steigen kann.

Auch Eigenheiten des Polizeiberufs, wie die Arbeit im Schichtdienst, gehören zum Trainingsangebot. Der richtige Umgang mit diesen Belastungen trägt zu einem gesünderen Leben bei. Wir unterstützen bei der Entwicklung und Umsetzung von Konzepten zur physischen und psychischen Gesundheit.

„Wir holen euch dort ab, wo ihr gerade steht“

Die SKE-Trainings orientieren sich an der Lebensrealität der Menschen in unserer Polizei. Lebenslanges Lernen soll dabei nicht nur eine Phrase sein. Die Trainerinnen und Trainer gestalten den Begriff mit einem wissenschaftlich fundierten Angebot für die PVB aktiv und machen ihn erlebbar.

„Eure Erwartungen sind unsere Erfolgskriterien“

Das Credo des Trainerteams besteht darin, die PVB dabei zu unterstützen, ihre Arbeit auf höchstem Niveau erledigen zu können und damit die Arbeit der Polizei Brandenburg jeden Tag ein wenig besser zu machen. Nach aktuellem Forschungsstand und erprobten Fähigkeiten helfen sie dabei, neue und alte Herausforderungen zu bewältigen.

„Wir freuen uns darauf, Euch im Training oder auf einer Tagung zu begegnen“, sagt Bernhard Zytariuk, Leiter Sozialkompetenzentwicklung (aus dem Bereich Weiterbildung) an der HPol.

In den kommenden Ausgaben der info110 wird das Trainerteam und der Leiter des Bereiches SKE, Bernhard Zytariuk, die einzelnen Angebote dieser besonderen Organisationseinheit – und was genau dahintersteckt – detailliert vorstellen.

Bernhard Zytariuk und Juliane Strelow

Die SKE-Angebote auf einen Blick

Angebot	Kurzbeschreibung	Zielgruppe
Gemeinsam in Führung	Seminarangebot für Führungsteams zu individuell vereinbarten Themen	Führungskräfte
Impulse für Führungskräfte	monatliche offene Seminarreihe zu aktuellen Themen aus dem Führungsalltag wie Selbstführung, Innere Motive, Diversity oder Changemanagement	Alle interessierten Führungskräfte
Nachwuchs Führungskräfte-Training	Reflexionstraining zu Fragen. Ich und meine Rolle als Führungskraft Ich und der Mitarbeiter Ich als Führungskraft und Gruppensituationen	Nachwuchsführungskräfte Polizei Brandenburg
Training sozialer Kompetenzen im Rahmen von Studium und Ausbildung	Selbst- und Fremdbild, Interkulturelle Kompetenz und Umgang mit Menschen mit Behinderung, Konflikt- und Stressmanagement	Studierende und Auszubildende an der HPol
Teamentwicklungen in den Teamphasen	Weiterentwicklung von Arbeitsgruppen und Teams	Mitarbeitende der Polizei Brandenburg
Moderation	Planen und Moderieren von Tagungen und Fachtagen	MIK, PP, HPol und ZDPol
Strategiebegleitung	Begleitung des Strategieprozesses 2030	Zielbildverantwortliche und alle Interessierte
Beratung	Allgemeine Beratung zu unterschiedlichen Themen	Führungskräfte
Fachberatung	Fachthemen Soziale Interaktion	Führungskräfte
Supervision	Blick von oben auf Organisationsstrukturen und -prozesse	Führungskräfte und ihre Teams
Methodik / Didaktik	Methodische Aus- und Weiterbildung	Trainerinnen und Trainer, Lehrende
KMT-Training	Aus- und Fortbildung von Kommunikationsteams	KMT
Mentoringprogramm für Frauen	SKE unterstützt mit zielgerichteten Trainings und KODE-Auswertegesprächen	Mitarbeiterinnen Polizei Brandenburg
Unterstützung FS	Weiterbildungen der Fachlichen Spezialisierung werden im Bereich Sozialkompetenzen unterstützt	Alle Mitarbeitende bei den entsprechenden Weiterbildungen FS
Kollegiale Fallberatung	geplant	Führungskräfte
Führungskräfte-Training	Aktualisierte Neuauflage des bewährten Formats geplant	Alle Führungskräfte
Coaching	Geplant	

GUT ZU WISSEN

- Auf der Intranetseite von SKE (unter HPol / Weiterbildung) befindet sich ein Link zu einem Antragsformular. Das dient als Grundlage für die folgende Auftragsklärung. Hier werden die Rahmenbedingungen und Inhalte besprochen.
- Bei offenen Angeboten bitte einfach im Bildungsportal anmelden.
- Auch Sonderinhalte – ganz nach den Bedarfen ausgerichtet – sind nach Absprache möglich.

WAS IST DER MEHRWERT?

- maßgeschneiderte individuelle Angebote
- gut umsetzbare und alltags-taugliche Lösungen
- mehr Selbstwirksamkeit
- weniger Stress und bessere Widerstandsfähigkeit
- mehr Wohlbefinden
- bessere Zusammenarbeit im Team
- höhere Arbeitszufriedenheit



Hinterer Reihe (v. l. n. r.): Oliver Schutz, Alexander Fröhlich, Marcel Kohn, Frank Stephan, Bernhard Zytariuk, Kathleen Pieper
Vordere Reihe (v. l. n. r.): Leonie Wölker, Lisa-Marie Roggatz, Thea Bauerfeind, Dr. Marcus Melzer, Hagen Zemke, Ute Blümel

»Ich will die Schuhe anziehen und loslaufen«

Seit September 2023 ist Mario Rogus zurück an der Hochschule der Polizei – in neuer Funktion als Dekan, zeitgleich übernahm er das Amt des Polizeisportbeauftragten. Im Interview mit der „Info 110“ erzählt Rogus über Sport im Auslandseinsatz, blickt auf die Olympischen Spiele 2024 und die Ausrichtung der bundesweiten Polizeisportlehre in Potsdam.

Welche Rolle spielt Sport in Ihrem Leben?

Mario Rogus: Schon immer eine sehr große – Sport zieht sich durch mein bisheriges Leben. Als Jugendlicher war ich Fußball-Torwart, danach habe ich Judo als Wettkampfsport betrieben und war schon in der Vorbereitung auf die erste Dan-Prüfung, als sich mein Trainingspartner verletzt hatte und ich daraufhin aufgehört habe. Allerdings war ich noch lange Zeit Übungsleiter in Cottbus und habe auch Jiu Jitsu gemacht. Aktuell laufe ich regelmäßig, fahre Rennrad und Mountainbike und nehme manchmal an organisierten Fahrten des RSC Cottbus teil.

Warum ist Sport so wichtig für Sie?

Ich bewege mich einfach gerne, genieße die frische Luft, insbesondere weil ich einen Bürojob habe. Ich habe einen gewissen Bewegungsdrang, will die Schuhe anziehen und loslaufen, das bringt mir den notwendigen Ausgleich.

Sie haben viele Einsätze und Stationen im Ausland hinter sich, waren beispielsweise in Brüssel, Nordmazedonien, Uganda, Kenia, Tansania und Äthiopien, konnten Sie da auch immer Sport treiben?

Ich hatte eigentlich immer mein Fahrrad dabei. Auch Sport war in der Regel überall möglich, auch mit

anderen Kollegen zusammen. In Mazedonien war ich Radfahren, in Bosnien-Herzegowina war es dagegen aufgrund der Landminensituation nicht ganz so einfach. Der Westbalkan ist eine sehr schöne, in der Regel auch bergige Gegend, in der ich Wandern, Laufen und Radfahren war.

Sie sind seit September Polizeisportbeauftragter als Nachfolger von Andreas Merten, wie waren die ersten Monate für Sie?

Ich bin grundsätzlich sportlich interessiert, hatte zuvor jedoch nur wenig mit Polizeisport als Organisation zu tun und muss mich in die Aufgaben und Strukturen natürlich noch weiter einarbeiten. Parallel dazu planen wir die große, bundesweite Polizeisportlehre mit zahlreichen hochrangigen Gästen, die im April in Potsdam stattfinden wird. Diese Ehrung übernimmt immer das Bundesland, das aktuell den IMK-Vorsitz hat – dieses Jahr also Brandenburg.

Was planen Sie dafür?

Wir haben die MS Sanssouci, das größte Schiff der Weißen Flotte, gemietet und werden mit den Gästen dort die Ehrung im feierlichen Rahmen durchführen und anschließend eine sehenswerte Rundfahrt machen.

Wie ist der Stand bei der Organisation der Landespolizeisportlehre?

In diesem Jahr wird es leider keine separate Polizeisportlehre für Brandenburg geben, da sie sich mit der bundesweiten Veranstaltung überschneiden würde. Mit dem Ministerium für Inneres und Kommunales, Ref. 43, sind wir gerade in Gesprächen, die Sportlerinnen und Sportler nächstes Jahr nachträglich zu ehren.

Wie würden Sie die Aufgabengewichtung zwischen Ihrer Rolle als Dekan und Polizeisportbeauftragter beschreiben?

Der Polizeisport nimmt momentan aufgrund der aktuellen Themen etwas mehr meiner Kapazitäten in Anspruch. Und als Dekan übernehme ich unter anderem Verantwortung für rund 50 Mitarbeitende. Eine verantwortungsvolle Aufgabe, der ich natürlich auch einen Großteil meiner Arbeitszeit widmen möchte. Wie so oft ist es natürlich ab und an eine Herausforderung, alles unter einen Hut zu bekommen, aber es ist machbar und ich schaffe das.

Was sehen Sie als Ihre Hauptaufgabe als Polizeisportbeauftragter?

Wir schauen beispielsweise, wie Brandenburg seinen Beitrag im Deutschen Polizeisportkuratorium leisten kann. Unter anderem dürfen wir 2026 die deutschen Polizeisportmeisterschaften organisieren, da treffen wir gerade einige Absprachen, ob wir im Schwimmen und Retten oder Judo die Meisterschaften ausrichten. Dazu kommen die Absprachen mit den Fachwarten, die die entsprechenden Sichtungen für die Landesauswahlen durchführen sowie Landesmeisterschaften ausrichten.



Zur Person

Mario Rogus

2024 ist ein Olympiajahr, die Sommerspiele finden in diesem Jahr in Paris statt. Mit Fabian Liebig (Moderner Fünfkampf), Kristin Pudenz (Diskuswerfen) und Paul Pigorsch (Schießen) sind im vergangenen Jahr drei Polizeisportler bzw. Polizeisportlerinnen ins Team Paris des Landessportbundes aufgenommen worden. Wem rechnen Sie besonders gute Chancen aus, sich zu qualifizieren?

Ich glaube, dass alle drei wirklich gute Chancen haben. Ich konnte mich kürzlich mit Paul Pigorsch unterhalten und er selbst hat ein gutes Gefühl, dass es mit der Qualifikation klappen kann. Als Polizeisportbeauftragter wünsche ich allen drei maximale Erfolge und darüber hinaus, dass sie diese einmalige und prägende Lebenserfahrung neben all dem Leistungsdruck auch genießen können.

Nach längerem Auslandsaufenthalt aufgrund einer Abordnung nach Brüssel ist der 59-jährige Mario Rogus seit dem 18. September 2023 als Leiter des Dekanats tätig. Zeitgleich übernahm er vom pensionierten Andreas Merten dessen Aufgaben als Polizeisportbeauftragter. Seine Karriere bei der Polizei Brandenburg begann der Dekan nach seinem Studium in der Führungsstelle im Schutzbereich SPN in Forst. Nach dem Aufstiegslehrgang in den höheren Dienst folgte die erste Funktion als Leiter der Führungsstelle im Schutzbereich OSL. Dort galt es nach den Terrorangriffen vom 11. September 2001 unter anderem Rennen der US-amerikanischen ChampCar-Serie sowie Konzerte, wie von AC/DC und Grönemeyer, abzusichern. An der HPol begann seine Laufbahn 2010 im Internationalen Zentrum, wo er unter anderem Ausbildungsprojekte für die Polizei der palästinensischen Autonomiebehörde leitete. Von 2011 bis 2013 wurde er das erste Mal zur Vertretung des Landes Brandenburg nach Brüssel (Belgien) abgeordnet. Danach wechselte er in die Lehre, vorrangig im Bereich Einsatz-, aber auch Verkehrslehre. Zuletzt war er vom Land Brandenburg erneut nach Brüssel abgeordnet, wo er als Innenreferent eingesetzt wurde.

Mario Rogus

Sicherheitspartnerschaften in Brandenburg

Bedingungen einer gelingenden Einbindung

Tobias Neidel studierte Sozial- und Politikwissenschaft (B.A./M.A.) an der Universität Leipzig und der University of Bath (UK). Seit 2020 promoviert er zu „Formen der kommunalen Sicherheitsgewährleistung und des bürgerschaftlichen Engagements im Kontext der deutschen Sicherheitsarchitektur“.

Im nachfolgenden Artikel fasst er wesentliche Erkenntnisse aus seiner Forschung zusammen.



Abstimmungsrunde vor Ort, Sicherheitspartner im Gespräch mit Bürgern.

Die Sicherheitspartnerschaften in Brandenburg (SiPa) sind eine besondere Form des Ehrenamts, bei dem Bürgerinnen und Bürger sich einbringen können, um zusammen mit Polizei und Kommune einen Beitrag für die öffentliche Sicherheit zu leisten. Zu Tag- und Nachtzeiten sind sie in ihren Gemeinden unterwegs, um nach potenziellen Gefahrenquellen Ausschau zu halten und durch ihre Anwesenheit das Sicherheitsgefühl in ihren Orten zu steigern. Allerdings darf das Engagement hierbei weder als simple Gegebenheit noch als voraussetzungslose

Freizeitaktivität betrachtet werden. Vielmehr müssen die Engagierten adäquat auf ihre Aufgaben vorbereitet und umfassend begleitet werden, damit die Zusammenarbeit funktioniert. Für die Polizei, die Gemeindeverwaltungen sowie die Sicherheitspartnerschaften gilt es deshalb einige Punkte zu beachten, damit die Einbindung der ehrenamtlich Aktiven erfolgreich gelingt.

Empfehlungen für die Polizei

Für die örtlichen Polizeiwachen ist es zunächst wichtig, dass sie im regelmäßigen Kontakt mit allen SiPas in ihrem Zuständigkeitsbereich stehen. So sollte es regelmäßige Treffen zwischen den zuständigen Revierpolizisten und den einzelnen Gruppen geben, bei denen sich beide Seiten austauschen und ihre Arbeit aufeinander abstimmen können. Zudem ist es ratsam, dass sowohl SiPas als auch Polizei klare Ansprechpartner bestimmen, damit im Bedarfsfall eine gezielte Kommunikation erfolgen kann. Bei den gemeinsamen Treffen sollte vereinbart werden, in welchen Bereichen und zu welchen Anlässen kooperiert wird, um so die Erwartungen, Ansprüche und Bedarfe auf beiden Seiten abzuklären. Ebenso kann es sinnvoll sein, gemeinsame Konzepte für spezifische Problemlagen zu entwickeln, damit die Sicherheitspartner beispielsweise bei der Absicherung von Veranstaltungen oder bei der Suche von vermissten Personen gezielt mit eingebunden werden können.

Beim Kontakt zwischen Polizei und Sicherheitspartnern ist es wichtig, dass der Austausch auf Augenhöhe erfolgt, damit die Freiwilligen sich auch als sprichwörtliche „Part-



Die Ausstattung der Sicherheitspartner mit Twinjacken ist in Brandenburg Standard.

ner“ ernstgenommen fühlen und zu einem langfristigen Engagement motiviert werden. Regelmäßige Fortbildungen für die Sicherheitspartner von Seiten der Polizeiinspektionen gewährleisten zudem, dass das Wissen der Ehrenamtlichen um ihre Rechte und Pflichten frisch bleibt und dass sie besondere Situationen, denen sie während ihrer Kontrollgänge begegneten, im Austausch mit den polizeilichen Experten reflektieren können. Die Inspektionen können die Treffen wiederum dafür nutzen, um Anregungen für eine verbesserte Zusammenarbeit mit dem SiPas zu erhalten.

Empfehlungen für die Sicherheitspartnerschaften

Neben der Polizei ist es auch Aufgabe der SiPas darauf zu achten, dass Neumitglieder adäquat eingewiesen werden, damit diese den Sinn und Zweck des Ehrenamtes verinnerlichen. Hierbei bietet es sich an, dass in Ergänzung zur polizeilichen Überprüfung erfahrene Sicherheitspartner mit potenziellen Interessenten Gespräche führen, um deren Persönlichkeit und Motivation besser kennenzulernen. Bei der Gründung einer neuen Si-

cherheitspartnerschaft ist es zudem empfehlenswert, eine schon länger bestehende Gruppe aus der Region hinzuziehen, die den Prozess als „Mentor“ begleitet und dabei hilft, der neuentstehenden Gruppe die Aufgaben und Abläufe einer SiPa praktisch näherzubringen.

Bei der Organisation einer SiPa mit mehr als zehn Mitgliedern hat es sich bewährt, wenn diese sich in regelmäßigen Abständen trifft, um ihre Arbeit intern zu koordinieren. Bei den Treffen sollten auch der zuständige Revierpolizist und ein Vertreter der Kommune anwesend sein, damit konkrete Sachverhalte direkt abgesprochen werden können. Für die Durchführung der Touren ist es des Weiteren ratsam, eine Art Rotationsprinzip für die einzelnen Zweierteams zu entwickeln, um so eingefahrene Routinen aufzubrechen und der Gefahr einer „Betriebsblindheit“ bei den Kontrollgängen entgegenzuwirken. Zudem sollten alle Tourengänger immer klar als Sicherheitspartner erkennbar sein, da die Sichtbarkeit nicht nur das Sicherheitsgefühl innerhalb der Orte steigern kann, sondern auch potenzielle neue Mitglieder anspricht.

Empfehlungen für die Kommunen

Für die Kommunen ist es ebenfalls ratsam klare Ansprechpersonen für die SiPas zu benennen, die im regelmäßigen Austausch mit den Gruppen stehen. Um die Zusammenarbeit möglichst effizient zu gestalten, sollte deren Art und Umfang dabei von Anfang an klar geregelt sein. So können die SiPas bspw. die Gemeinden durch die Absicherung von Festen oder Umzügen unterstützen, allerdings sollte hierbei darauf geachtet werden, dass es zu keiner überbordenden Beanspruchung oder Zweckentfremdung des ehrenamtlichen Engagements kommt.

Zur praktischen Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements haben viele Kommunen feste Budgets in ihren Haushalten eingeplant, die von den SiPas zur Beschaffung von Kleidung oder Ausrüstung genutzt werden können. Darüber hinaus ist es empfehlenswert, dass die Gemeinden den Sicherheitspartnerschaften Räumlichkeiten für deren regelmäßige Treffen zur Verfügung stellen. Beides dient hierbei nicht nur der aktiven Unterstützung der Ehrenamtsarbeit, sondern ist auch eine Form der Anerkennung und Würdigung. Letzteres kann dabei



auch im Rahmen von Ehrungen oder Auszeichnungen erfolgen, die ein langfristiges Engagement der Sicherheitspartner fördert.

Im Ergebnis erfordert die erfolgreiche Einbindung von Sicherheitspartnern nicht nur ein notwendiges Maß an finanzieller wie auch personeller Unterstützung von Seiten der staatlichen Behörden, sondern auch, dass alle Beteiligten im regelmäßigen Austausch miteinander stehen und dem Engagement Wertschätzung entgegengebracht wird. Wenn diese Bedingungen aber gegeben sind, können die SiPa nicht nur die Arbeit von Polizei und Kommune unterstützen, sondern auch zu einem mehr an Sicherheit vor Ort beitragen.



Am 11. Juni 2024 stellt Tobias Neidel seine Ergebnisse im Rahmen eines Impulsvortrages und einer anschließenden Diskussion auf dem Deutschen Präventionstag in Cottbus vor.



The Highwaymen



Basierend auf einer wahren Begebenheit, thematisiert der Film die Jagd der ehemaligen Texas Rangers Frank Hamer und Maney Gault nach dem Verbrecherpärchen Bonnie und Clyde. In den Hauptrollen sind Kevin Costner und Woody Harrelson, zu sehen auf Netflix.

Lasst uns doch heute mal mit einem kleinen Quiz beginnen.

Runde 1: Bonnie Elizabeth Parker und Clyde Chestnut Barrow? 23. Mai 1934 State Highway 154, Louisiana? Ganz genau... Bonnie und Clyde – das große Finale nach insgesamt vierzehn Morden. Das geisterte bereits mit Faye Dunaway und Warren Beatty furios über Leinwand und Bildschirm.

OK, das war noch recht einfach, also auf zu Runde 2: Francis Augustus Hamer und Maney Gault? Selber Ort, selbe Zeit? Na? Nie gehört? Traurig, traurig... aber nun gut. Diese beiden Herren waren zwei der Texas Ranger (lang bevor sich Chuck Norris in der Serie so schön in Positur schmiss), die tatsächlich im Februar des Jahres 1934 aus ihrem Ruhestand geholt wurden, um die beiden oben Genannten zur Strecke zu bringen. John Lee Hancock setzte 2019 diesen beiden nicht unumstrittenen Charakteren in „The Highwaymen“ ein filmisches Denkmal.

Gut, wir wissen alle, wie die Sache ausging, auch bei Hancock reiten Bonny und Clyde nicht händchenhaltend in den Sonnenuntergang. Aber dennoch gelingt es dem Film, die Spannung und die Atmosphäre großer Gangsterepen wie „Die Unbestechlichen“ oder „Erbar-

munglos“ aufzugreifen und einen in die 30-er Jahre zurückzusetzen. Während allerdings die Texas Ranger in der Arthur Penn Verfilmung von 1967 noch als inkompetente Idioten dargestellt wurden (der echte Frank Hamer strengte seinerzeit sogar einen Prozess gegen Warner Brothers an), räumt Hancock mit dem Märchen des sympathischen Banditenpärchens a la Robin Hood ebenso gnadenlos auf, wie mit dem Mythos des hehren makellosen Gesetzeshüters als ehrenwertem Counterpart.

Auch wenn es sich vom Stoff eigentlich perfekt anbieten würde, Hancock setzt hier nicht auf die Action und Geschwindigkeit einer wilden Jagd, sondern auf die ungeschönte Wahrheit, die – wie im Leben auch – deutlich weniger rasant und etwas unschöner daherkommt.

Kevin Costner und Woody Harrelson verleihen ihren Charakteren genug Authentizität, um den schmalen Grat zwischen der grimmigen und frustrierenden Jagd, der mitunter bitter nötigen Watsche für die eine oder andere Institution, die lieber das Gesicht wahrt als mit Anderen zusammenzuarbeiten und einer nicht minder nötigen Prise nostalgischen Humors hervorzugehen hinzubekommen.

Fun Fact zum Schluss:

Als 2005 die ersten Planungen für das Projekt auf den Tisch gelegt wurden, hatte man noch das Dreamteam Redford/Newman im Sinn, quasi als Neuauflage zu „Zwei Banditen“. Und das hätte definitiv auch etwas gehabt...

Susanne Sommer (ZDPol)



Dunkle Berge, düstere Wälder

In der Serie „Der Pass“ sucht ein deutsch-österreichisches Ermittlerduo in drei Staffeln nach Serienmördern, Satanisten und Reichsbürgern – in edlen und zugleich grausigen Bildern, die an die Couch fesseln

Vor Morden wie aus Horrorfilmen schrecken die Macherinnen und Macher von „Der Pass“ nicht zurück. Auf einem Berg im deutsch-österreichischen Grenzgebiet wird eine eingefrorene Leiche gefunden und weil sie genau auf einem Grenzstein liegt, geht es sogleich um Zuständigkeiten und Kompetenzen, woraus sich schließlich das ungleiche Duo Ellie Stocker und Gedeon Winter bildet. Für die Zuschauer ist das ein Glücksfall, denn es ist der Auftakt zu einer der bemerkenswertesten Krimiserien der vergangenen Jahre.

Die Parallelen zum dänisch-schwedischen Klassiker „Die Brücke“ – dort wird eine zweigeteilte Leiche auf der Öresundbrücke genau auf der Grenze gefunden – sind offensichtlich und den Vergleich zur skandinavischen Erfolgsserie muss „Der Pass“ nicht scheuen. Die Süddeutsche Zeitung schrieb 2019 über die erste Staffel, es sei „die perfekte Krimi-Serie“, sie erhielt mehrere Preise, darunter die Goldene Kamera und den deutschen Fernsehpreis.

Die Eigenproduktion von Sky Deutschland besteht aus drei 8-teiligen Staffeln, die von 2019 bis 2023 erschienen.

Gedeon Winter (Nicholas Ofczarek) als schmierig-scharfsinniger Ermittler alleine ist es wert, sich



die drei Staffeln anzuschauen, sein Schmah – „Oaschloch“ ist schon fast ein geflügeltes Wort – macht Lust auf einen Österreich-Urlaub, auch wenn man hofft, dass die Leute dort nicht ganz so übellaunig daherkommen wie er. Das Verhältnis zu seiner deutschen Kollegin Ellie Stocker (Julia Jentsch) ist geprägt von Aufs und Abs. Dazwischen verfolgen sie Serienmörder, Satanisten und Reichsbürger und das in so perfekt durchgestylten Bildern in atemberaubenden Landschaften, wie man sie sonst nur aus Hochglanz-Hollywood-Produktionen kennt.

Stephan Henke

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

willkommen auf unserer Rätsel-Seite, hier können Sie ihren Kopf entspannen oder herausfordern. Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Rätseln und „Suchseln“.

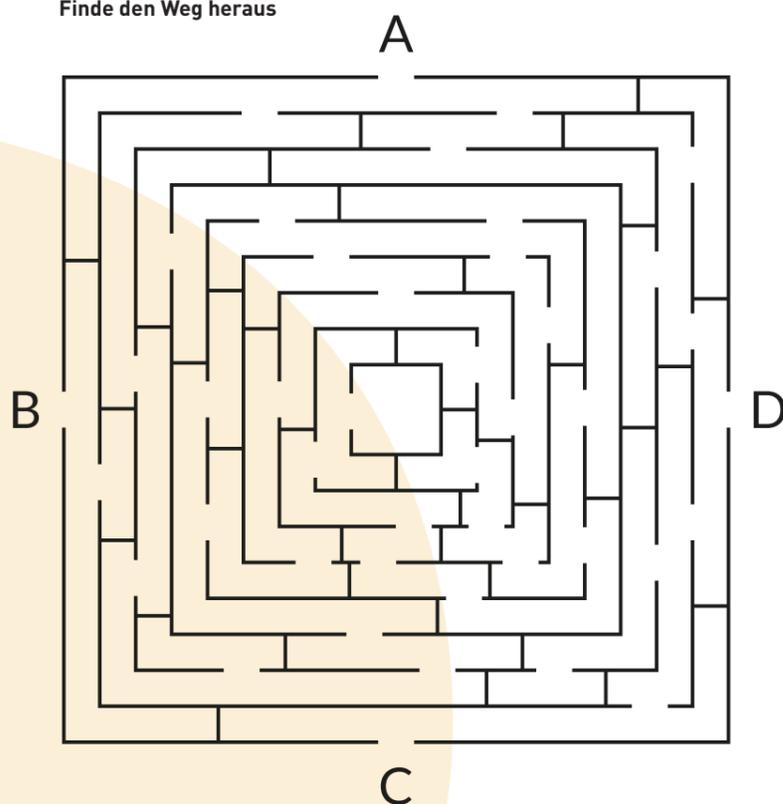
Zunächst gibt es eine Rechenaufgabe mit Süßigkeiten. Welche Zahlen verstecken sich hinter den Bonbons, Herzen und Lollis? Im Bilderrätsel gibt es einen lilafarbenen Cornflakes zu finden und im Wirrwarr des Labyrinths führt nur einer der vier Wege zur Mitte. Die zehn versteckten Wörter im „Suchsel“ sind senkrecht und waagrecht im Buchstabengitter zu finden.

Die Auflösung der Rätsel erhalten Sie auf Wunsch per Mail. Senden Sie dazu einfach eine Nachricht mit dem Betreff „Auflösung“ an info110@mik.brandenburg.de

Ihr info110-Redaktionsteam

Labyrinth

Finde den Weg heraus



Rechnen

Ergänze die Zahlen

$$\begin{aligned}
 & \text{Bonbon} + \text{Bonbon} + \text{Herz} = 17 \\
 & \text{Herz} + \text{Herz} + \text{Bonbon} = 19 \\
 & \text{Lolli} + \text{Herz} + \text{Bonbon} = 20 \\
 & \text{Lolli} = ?
 \end{aligned}$$

Suchen

Entdecke die lilafarbenen Cornflakes



Wörtersuchsel

Finde die zehn versteckten Wörter

H	U	F	M	U	F	O	L	D	C	P	P	E	A	L	O	S	Q	S	U	N
M	V	C	R	T	W	W	V	F	G	B	C	R	T	R	P	C	Z	T	P	C
B	A	U	S	U	F	R	A	G	E	B	O	G	E	N	H	H	X	R	X	S
V	X	D	K	X	U	D	O	J	S	P	W	K	Y	W	X	U	L	E	B	G
T	K	T	G	O	T	F	R	L	I	K	P	T	Y	Q	U	S	J	C	I	K
W	X	W	V	X	K	G	B	D	C	O	J	Z	F	R	W	S	Q	K	F	V
J	U	W	V	G	O	G	T	K	H	H	M	E	E	A	G	W	Y	M	B	T
L	L	V	I	P	E	F	O	N	T	L	G	X	H	T	E	A	Q	I	Y	P
T	N	E	K	O	P	N	U	O	S	K	K	A	L	N	F	F	U	T	T	Y
R	V	N	T	L	Z	H	X	M	E	L	Z	M	U	D	C	F	T	T	I	R
G	P	R	I	I	D	O	Q	X	R	D	M	L	R	A	W	E	C	E	H	E
I	X	D	M	Z	L	I	R	I	K	W	S	V	T	K	F	N	I	L	E	B
Q	G	N	I	E	Y	X	O	L	E	V	Q	I	E	T	A	M	G	M	K	F
P	W	M	S	I	O	D	B	E	N	Q	W	Y	I	U	D	M	Y	E	K	E
F	X	D	I	I	T	R	O	P	N	X	N	X	L	E	M	N	N	L	K	K
S	R	S	E	U	P	W	T	I	U	T	V	E	B	L	C	X	U	D	M	T
Z	M	C	R	R	G	F	E	N	N	S	E	Y	O	L	V	H	I	E	X	V
J	L	S	U	X	W	X	R	N	G	M	I	X	Q	P	J	M	J	R	I	D
R	F	C	N	S	P	A	R	M	A	S	S	N	A	H	M	E	N	V	U	Q
P	Q	X	G	T	L	B	P	C	Y	S	L	B	N	D	D	R	G	C	R	M
A	M	A	M	P	W	B	H	N	U	X	U	S	H	H	U	P	I	N	C	M

- 1 Gesichtserkennung
- 2 Roboter
- 3 Polizei
- 4 Schusswaffen
- 5 Fehltrite
- 6 Fragebogen
- 7 Streckmittelmelder
- 8 Viktimisierung
- 9 Sparmaßnahmen
- 10 Aktuell



POLIZEI? MEIN JOB!

[POLIZEI-BRANDENBURG-KARRIERE.DE](https://www.polizei-brandenburg-karriere.de)



POLIZEI
Brandenburg